

Die Freisinnig-demokratische Partei

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Schaffhauser Beiträge zur Geschichte**

Band (Jahr): **52 (1975)**

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Initiative auf Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre ein¹⁰³. Kurz darauf startete die POCH-SH eine Initiative für eine Reichumssteuer, die sich auf das Vorbild im Kanton Baselland abstützte und am 3. Dezember 1974 mit der notwendigen Unterschriftenzahl zustande kam¹⁰⁴. Unbestreitbar entwickeln die Progressiven in den letzten Jahren eine grosse Aktivität, die sich auf kommunale bis internationale Probleme erstreckt. Ihre politischen Aktionen visieren eine Idealpolitik an, wie sie nur unter Vernachlässigung der politischen Gegebenheiten verfolgt werden kann. Ihren Vorstössen wird so lange das Odium von unverbindlichen Experimenten anhaften, als die Progressiven selbst nicht gezwungen sind, in Parlament und Staat ihre Vorstellungen in die Tat umzusetzen und mit ihren absolutistischen Ideen zu leben.

Die Freisinnig-demokratische Partei

Die Juristen- und Industriepartei der zwanziger Jahre

Eduard Gubler

Die *Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Schaffhausen* war zu Beginn des Jahres 1919 an einem Tiefpunkt angelangt. Sie hatte in den ersten Jahren ihres Bestehens alle massgebenden bürgerlichen Kräfte in Stadt und Land umfasst und in ihrer Machtfülle das organische Hineinwachsen der städtischen Arbeiterschicht in die kantonale Politik gehemmt. Weltkrieg und Generalstreik hatten nicht nur die Kluft zwischen Bürgerlichen und Sozialisten in der Stadt verschärft, sondern auch die Landbewohner der Grosspartei entfremdet. Die Abspaltung der neugegründeten Schaffhauser *Bauernpartei* beschränkte ab 1918 den politischen Einfluss der *Freisinnig-demokratischen Partei* auf die Stadt Schaffhausen und die Industriegemeinden Neuhausen am Rheinfl, Stein am Rhein und Schleithem. Die bisher recht lockere Parteiorganisation verlangte nun eine Anpassung an die veränderten Umstände und den Neuaufbau von Kantonalpartei und Sektionen. Als erster Akademiker der politischen Wissenschaften in Schaffhausen übernahm Dr. Eduard

¹⁰³ Amtsblatt 1974,1026.

¹⁰⁴ Amtsblatt 1974,1794.

Gubler 1918 die Redaktion des *Intelligenzblattes*, das er zum Zentrum der freisinnigen Politik machte. Er schildert seinen Amtsantritt in Schaffhausen mit den Worten:

Ich kannte in Schaffhausen damals niemand als vier Persönlichkeiten, die ich bei meiner Bewerbung um die Redaktorenstelle als Referenzen angegeben hatte. Natürlich war es dem Herrn Verleger aufgefallen, dass ich ausgerechnet diese vier kannte. Es waren nämlich keine Geringeren als die Nationalräte Spahn und Grieshaber sowie die Ständeräte Bolli und Ammann. Alle vier, also die ganze damalige Schaffhauser Delegation in der Bundesversammlung, waren freisinnig. Besonders nahe stand ich in der Folge den Herren Spahn und Bolli, denn diese waren sehr fleissige Mitarbeiter am damaligen «Intelligenzblatt». Ich hatte diese Herren als Parlamentsberichterstatter kennengelernt. Als solcher hatte ich nämlich ein ganz besonderes Privileg genossen: Diese Herren assen mit andern Parlamentariern in Bern im «Bären» zu Mittag. Als einziger Journalist durfte ich an jener Tafel jeweils mithalten. Das war eine Gelegenheit, bei der ich recht viel Interna erfuhr, die zwar nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt waren, für meine politische Orientierung aber sehr oft von grosser Bedeutung waren.

Der mit meiner Uebersiedlung nach Schaffhausen verbundene Eintritt in die dortige Politik sagte mir ausserordentlich zu. Ein eigentliches Parteileben kannte man damals in Schaffhausen noch nicht. Es war vielmehr gerade in Gründung begriffen. Vom Freisinn hatte sich soeben die neugegründete Bauernpartei abgesplittert. Redaktor Winzeler vom «Intelligenzblatt» verliess dieses und trat zum «Schaffhauser Bauer» über, dem Organ der neugegründeten Schaffhauser Bauernpartei, das in Thayngen gedruckt wurde. — Erst damit begann in Schaffhausen eine eigentliche Parteipolitik. Bisher hatten die genannten vier freisinnigen Parlamentarier den politischen Kuchen unter Beizug von Regierungsrat Altorfer und Staatsschreiber Otto Schärrier meist allein verteilt . . .

Mir gefiel es sehr gut in Schaffhausen; namentlich das Verhältnis mit dem Verleger H. Meier-Kummer, «Rundum-Punktum», wie er unter Freunden wegen seiner Körperfülle genannt wurde, behagte mir. Er hatte nämlich einen Politiker als Redaktor gewollt. So kam ich mit der Zeit in Schaffhausen immer weiter vom Journalismus weg in die Politik. Wie das in kleinen Verhältnissen ist — man hat für gewisse nicht oder geringfügig

honorierte Aemter Mühe, geeignete Anwärter zu finden. Infolgedessen wurde ich alles, was ich werden wollte — Mitglied des Grossen Stadtrates, des Kantonsrates, Mitglied der kantonalen Steuerkommission, Oberrichter. Das passte dem Verleger Meier-Kummer sehr. Er war stolz darauf, dass auf seiner Redaktion alle möglichen Fäden zusammenliefen¹.

Vorerst allerdings zeigte sich Eduard Gubler als harter Parteikämpfer. Im August 1919 kommentierte er — im Vorfeld der Nationalratswahlen — Hermann Schlatters Rücktritt als Stadtpräsident mit einer für Schaffhausen ungewöhnlichen Schärfe² und beschwor einen Presseprozess herauf. Dass ein freisinniger Redaktor als Angeklagter vor die Schranken zu treten hatte, war allerdings ein Novum in der Schaffhauser Pressegeschichte. 1920 führte er die Freisinnigen in einer derart kompromisslosen Kampagne in die Herbstwahlen, dass ihm sein Eifer auch in den Reihen der eigenen Partei übelgenommen wurde. Seine eigene Nichtwahl wurde Anlass für eine humoristische Einsendung in der gegnerischen Presse: *Liebe Arbeiterzeitung, weisst Du das Neueste? Wenn ein Freisinniger beim Jass eine Dummheit macht, so sagt er: Jetzt han-is vergubleret!*³ Die weitere politische Aktivität Eduard Gublers in Schaffhausen war dann gekennzeichnet von einer stillschweigenden Toleranz gegenüber den Linksparteien, soweit sie durch Hermann Schlatter, mit dem sich Gubler seit dem Presseprozess trefflich verstand, repräsentiert wurden. Die persönlichen politischen Erfolge Gublers förderten seine Integration in die Schaffhauser Gesellschaft und liessen Ansätze einer grundsätzlichen freisinnigen Neuorientierung rasch absterben. Bereits 1924 wurde Eduard Gubler Kantonsrat und Grossstadtrat und war auf dem besten Wege, noch weiter Karriere zu machen. Da starb im Herbst 1927 sein früherer Associé Schmidlin, der in Lausanne eine Presseagentur leitete, worauf Gubler dessen Nachfolge antrat und Schaffhausen verliess.

Neubesinnung nach dem Generalstreik

Im Anschluss an den Generalstreik fand es die *Freisinnig-demokratische Partei* geraten, vorerst eine Sammlung aller vaterlän-

¹ SN 23.12.1961.

² SI 5.8.1919 (Vgl. S. 345).

³ AZ 26.11.1920.

disch-bürgerlichen Kräfte zu unterstützen und so den Verlust der Bauernschaft auszugleichen. Am 8. Februar 1919 schloss sie sich mit der *Bauernpartei*, der *Liberal-demokratischen Partei*, der *Christlich-sozialen Partei* und der *Evangelisch-sozialen Vereinigung* zu einem «Nationalen Parteienverband» zusammen (S. 273). Die militanten Vertreter von Ruhe und Ordnung unterstützten zudem die Bildung einer «Bürgerwehr» in der Stadt Schaffhausen. Der Verleger des freisinnigen *Schaffhauser Intelligenzblattes*, Heinrich Meier-Kummer, stellte dabei eine nicht unwichtige Verbindung zwischen Zeitung, Partei, Industrievertretern und bürgerlicher Wehrgorganisation her. Für ihn wie für den Verleger des ebenfalls freisinnigen *Tagblattes* waren die Auswirkungen von Krieg und Streik besonders stark spürbar. Die Bauernpartei hatte sich im *Schaffhauser Bauern* ein eigenes Organ geschaffen, und die Arbeiterschaft war daran, in der *Arbeiter-Zeitung* ebenfalls ein Parteiblatt mit Lokalcharakter herauszugeben. Die beiden Neunternehmungen förderten eine Verschiebung im Inseraten- und Abonnementsgeschäft und tangierten die geschäftliche Seite der freisinnigen Zeitungsverlage, die sich in ihrer neuen Rolle erst zu rechtfinden mussten⁴.

Die Auswirkungen von Weltkrieg und Generalstreik beschränkten sich nicht nur auf die «Aussenpolitik» der freisinnigen Partei und ihrer Presse. Während sich Kräfte gegen den vermeintlichen Umsturz sammelten, fanden unter den Mitgliedern Besprechungen statt mit dem Ziel, die Partei zu reformieren. Am 20. März 1919 sprach Dr. Otto Binswanger über den «Neuen Freisinn»⁵. Die an den Vortrag anschliessende Diskussion über die neue Rolle der Partei zeigte Wege zu einer Neuorientierung und bewirkte, dass soziale Forderungen ins neue Parteiprogramm aufgenommen wurden. Bereits im Oktober 1917 war es innerhalb der städtischen Partei zur Bildung einer «jungfreisinnigen Gruppe» gekommen, die vermehrte Orientierung nach links wünschte⁶.

Nach den Streiktagen ging am 12. März 1919 das städtische Parteipräsidium von Oberst Konrad Frey an den Postbeamten Chri-

⁴ Betreffend rechtliche Neuordnung des Intelligenzblattverlages siehe Amtsblatt 1921.66,97,150.

⁵ ST 21.3.1919, 22.3.1919. SI 21.3.1919. Binswangers Vortrag dürfte im Zusammenhang stehen mit dem Rundschreiben, das der geschäftsleitende Ausschuss der *Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz* unmittelbar nach dem Generalstreik an die Kantonalvorstände sandte (SI 3.12.1918).

⁶ Schreiben vom 11.10.1917 (Stadtbibliothek, FDP-Archiv).

⁷ Protokoll FDP Stadt 24.3.1919. SI 13.3.1919, 31.3.1919.

stian Müller über, was eine innerparteiliche Demokratisierung zum Ausdruck brachte; auch in der Kantonalpartei trat eine personelle Verschiebung ein, indem Ständerat Albert Ammann die Parteileitung an Rechtsanwalt Dr. Konrad Brütsch abtrat⁷. Die Delegiertenversammlung genehmigte am 5. April die von Konrad Brütsch neugefassten Kantonalstatuten, die im Zweckparagrafen die allgemeinen Grundsätze der *Freisinnig-demokratischen Partei* nun mit den Worten umschrieb:

Sie erstrebt die fortschrittliche demokratische Entwicklung der Institutionen der Eidgenossenschaft und des Kantons. Sie verwirft den Klassenkampf und die Klassenherrschaft und bekämpft alle Bestrebungen, die auf Untergrabung der vaterländischen Gesinnung und den gewalttätigen Umsturz der bestehenden Verfassungs- und Gesellschaftsordnung gerichtet sind. Sie stellt sich zur Aufgabe, die Förderung der Volkswohlfahrt auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet im Geiste der Humanität, des sozialpolitischen Fortschrittes und der Volksherrschaft und erstrebt insbesondere durch eine nachhaltige Sozialreform den friedlichen Ausgleich der sozialen Gegensätze⁸.

In Zusammenarbeit von städtischer und kantonaler Organisation schuf die *Freisinnig-demokratische Partei* ein politisches Parteisekretariat, dessen Leiter Willy Votsch sich an Ostern 1919 mit einem Zirkularschreiben an alle Mitglieder wandte und unter der Devise «Kräftiges Handeln im Dienste des sozialen Ausgleichs!» zur Werbung neuer Kräfte aufrief⁹. Tatsächlich fühlte sich die jüngere Garde an einem Wendepunkt der Partei und trat entschieden für soziale und politische Reformen ein.

Wahlen

Unter solchen Voraussetzungen erklärten die freisinnigen Schaffhauser Nationalräte Robert Grieshaber und Carl Spahn anlässlich der ersten Proporzahlen im Herbst 1919 ihren Rücktritt. Regierungsrat Traugott Waldvogel, bisher Mitglied der *Freisinnig-demokratischen Partei*, trat als Nationalratskandidat der *Bauernpartei*

⁸ Statuten FDP Kanton 5.4.1919 (Stadtbibliothek, FDP-Archiv).

⁹ Zirkularschreiben Ostern 1919 (Stadtbibliothek, FDP-Archiv). Die Devise ist dem Rundschreiben des schweizerischen geschäftsleitenden Ausschusses entnommen (SI 3.12.1918).

auf und hatte alle Aussicht, gewählt zu werden. In der Hoffnung, wenigstens das eine der beiden Nationalratsmandate behalten zu können, portierte die *Freisinnig-demokratische Partei* den Redaktor des *Tagblattes*, Obergerichtspräsident Eugen Müller. Heinrich Bolli (FDP) und Albert Ammann (FDP) wurden wieder als Ständeräte vorgeschlagen. Im Wahlflugblatt¹⁰ fanden nur die freisinnigen Taten der Vergangenheit ihren Niederschlag, während für die Zukunft einzig versprochen wurde, die *Freisinnig-demokratische Partei* werde weiterhin eine wahre fortschrittliche Volkspartei sein. Die Wahlen zeigten das Gegenteil, indem die bisher mächtigste Schaffhauser Partei am 25. Oktober 1919 beide Nationalratssitze verlor (S. 285). Erst jetzt zeigte sich der Kräftezerfall des Schaffhauser Freisinns in seiner ganzen Grösse: die «wahre Volkspartei» konnte noch ganze 13 Prozent der Wählerschaft hinter sich bringen.

Eine Ernüchterung in den eigenen Reihen trat ein, und wenn auch nicht deutlich aus den Protokollen herauslesbar, scheint es doch, dass der rechte Flügel der Partei wieder Oberhand gewann und die reformfreudigen Jungen ihren Misserfolg einsehen mussten. Man hatte sich damit abzufinden, dass die Sozialreform durch die Linke entschiedener und tatkräftiger betrieben wurde als die *Freisinnig-demokratische Partei* es sich von der Mitgliederbasis her leisten konnte. Ausserdem hatte die *Bauernpartei* die Macht im Kanton Schaffhausen übernommen. Völlig kampflos übergab daher die *Freisinnig-demokratische Partei* am 31. Oktober 1920 den durch den Rücktritt von Robert Grieshaber freiwerdenden Regierungssitz an den Bauernvertreter Jakob Schlatter.

Mehr Aktivität brachte die Partei vier Jahre später auf, als die *Bauernpartei* ein drittes Regierungsmandat reklamierte und die Mehrheit in der Exekutive anstrebte. Die *Freisinnig-demokratische Partei* befand sich in einer denkbar schlechten Ausgangsposition, weil ihr bisheriger Amtsinhaber, Regierungsrat Albert Moser-Tobler, unter dem Druck der politischen Verhältnisse seinen Rücktritt genommen hatte¹¹. Fehlinvestitionen hatten zum «Kantonalbankskandal» geführt, der den Magistraten kompromittierte. Als Nachfolgekandidaten wurden innerparteilich genannt: Staatsschreiber Dr. Schärker (Schaffhausen), Dr. Sulger-Büel (Stein), Bezirksgerichtspräsident Russenberger (Schleitheim) und Dr. Fritz Rippmann (jungfreisinnig). Der Parteitag vom 26. Oktober 1924 ent-

¹⁰ *Wir stehen Red' und Antwort* [FDP-Flugblatt], Schaffhausen 1919 (Stadtbibliothek, FDP-Archiv).

¹¹ Rücktrittsschreiben vom 29.9.1924 (Stadtbibliothek, FDP-Archiv). AZ 20.10.1928.

schied sich für den Vertreter der Landschaft, Christian Russenberger¹². Er wurde am 2. November in der Volkswahl zwar gewählt, schied aber als Ueberzähliger aus¹³. Die «Regierungsverantwortung», wie es damals hiess, ging damit an die *Bauernpartei* über.

Schon zwei Jahre zuvor war es anlässlich der Nationalratswahlen zu Differenzen zwischen Bauern und Freisinnigen gekommen. Der freisinnige Parteitag vom 7. Oktober 1922 musste zur Kenntnis nehmen, dass der «Nationale Parteienverband» nicht auf eine Kandidatur von Stadtpräsident Heinrich Pletscher (FDP) eintreten wollte. Die *Bauernpartei* war es, die befürchtete, einen ihrer beiden Sitze an den bekannten Freisinnigen Pletscher abtreten zu müssen¹⁴. So willigten die Freisinnigen in eine bürgerliche Listenverbindung ohne Heinrich Pletscher ein¹⁵. Dennoch kam keine Uebereinkunft zwischen *Bauernpartei* und *Freisinnig-demokratischer Partei* zustande, beide zogen allein in den Wahlkampf. In falscher Bescheidenheit stellten die Freisinnigen mit Arthur Moser (Neuhausen) und Dr. Emil Sulger-Büel (Stein) nur zwei Kandidaten für die drei Schaffhauser Nationalratssitze auf und erreichten, dass nur Moser, und zwar ausserordentlich knapp, gewählt wurde¹⁶. Nur dank dem Umstand, dass sich die Sozialdemokraten und Kommunisten heftig befehdeten, gelang es dem Schaffhauser Freisinn, wieder einen Vertreter in den Nationalrat abzuordnen.

Rechtsfreisinn

Der Schaffhauser Freisinn der zwanziger Jahre wird möglicherweise am deutlichsten repräsentiert durch die Person von Ständerat Heinrich Bolli, der sich als Jurist, Politiker, Militär- und Industrievertreter hervortat¹⁷. Seine Verdienste als Schöpfer der Schaffhauser Strafprozessordnung und Vorkämpfer für ein schweizerisches Strafgesetzbuch wurden durch die Juristische Fakultät der Universität Basel mit der Verleihung des Ehrendoktors honoriert. Die radikaldemokratische Fraktion der Bundesversammlung machte den Parlamentarier, der während Jahren als Mitglied der schweize-

¹² Protokoll FDP Kanton 26.10.1924.

¹³ Amtsblatt 1924,847.

¹⁴ In SN 23.12.1961 vermischt Eduard Gubler in seiner Erinnerung die Wahlen von 1919 und 1922.

¹⁵ Protokoll FDP Kanton 7.10.1922.

¹⁶ Amtsblatt 1922,1037—1041.

¹⁷ Biographische Daten in Gruner, Bundesversammlung 492—493.
Biographie in SBVG 34,1957,271—284.

rischen Völkerbundsdelegation amtierte, zu ihrem Präsidenten. Er spielte bei Mobilmachung, Generalwahl und während des Ersten Weltkrieges eine nicht unbedeutende Rolle, die ihm den Uebernamen «Kleiner Hindenburg» eintrug. Verwaltungsratsmandate hatte Bolli in Schaffhauser Industrieunternehmen wie der Bierbrauerei Falken, den Portlandzementwerken Thayngen und der Bindfadenfabrik Flurlingen sowie in der Bank in Schaffhausen und dem Schweizerischen Bankverein. Mit diesen und andern Geschäftsverbindungen verkörperte Heinrich Bolli einen Rechtsfreisinn, der sich entschieden den Sozialdemokraten und den Kommunisten entgegenstellte. Schon anlässlich des Generalstreiks hatte Bolli eine strenge Bestrafung der Führer gefordert. Es passt ausserordentlich gut zur Art des Parteiführers Bolli und der Charakteristik der Schaffhauser *Freisinnig-demokratischen Partei*, dass diese im April 1926 eine Resolution verabschiedete, die sich mit Vehemenz gegen die vorgesehene Wahl Robert Grimms zum Nationalratspräsidenten wandte¹⁸.

Die Tendenz der *Freisinnig-demokratischen Partei* glitt spätestens ab Mitte der zwanziger Jahre weiter gegen rechts ab, und zeitweise liess man sogar das «demokratisch» in der Parteibezeichnung fallen. Die soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft unterstützte und förderte diesen Kurs. Noch im Jahr 1928, als die Angestellten, die sich vorübergehend in einer selbständigen *Demokratischen Partei* organisiert hatten (S. 284), bereits wieder in die *Freisinnig-demokratische Partei* zurückgekehrt waren, ergab sich für die städtische Sektion folgende soziologische Zusammensetzung der Mitgliedschaft¹⁹:

Politiker	11	3 0/0	} 33 0/0
Direktoren/Fabrikanten	44	11 0/0	
Juristen	28	7 0/0	
Aerzte	21	5 0/0	
Professoren/Lehrer	25	7 0/0	} 33 0/0
Kaufleute	57	14 0/0	
Gewerbetreibende	75	19 0/0	} 34 0/0
Angestellte	69	18 0/0	
andere	63	16 0/0	
Mitglieder total	393	100 0/0	100 0/0

¹⁸ Protokoll FDP Kanton 18.4.1926.

¹⁹ Mitgliederverzeichnis per 31.12.1928 (Stadtbibliothek, FDP-Archiv).

Die liberalen Berufe und die Selbständigerwerbenden waren mit je einem Drittel vertreten, wobei vor allem der hohe Anteil an Direktoren und Juristen auffällt. Arbeiter und Bauern fehlen völlig. Die Zusammenstellung zeigt, dass von einer «Volkspartei» zu diesem Zeitpunkt keine Rede mehr sein konnte.

Ein Ueberblick über die freisinnigen Kantonsräte der ausserstädtischen Wahlkreise ergibt ein ähnliches Bild: Justiz, Militär und Industrie waren hauptsächlich vertreten. Neuhausen delegierte unter andern in den Kantonsrat: Arthur Moser, Architekt, Spezialist für Schiessanlagen und Oberst; Emil Herzog, Fabrikant und Major; Dr. Hermann Barth, Fabrikdirektor. Aus Stein am Rhein vertrat der Jurist Emil Sulger-Büel den Freisinn, später sekundiert von Lehrer Heinrich Bächtold, Redaktor des *Steiner Anzeigers*. Die Sektion Schleithem ordnete Fabrikdirektor Jakob Peyer und Bezirksgerichtspräsident Christian Russenberger in den Rat ab. Hallau hatte keine Sektion, doch wurde hier der Freisinn durch Oberst Dr. Oswald Heer, Redaktor an der *Klettgauer Zeitung*, vertreten. In Thayngen galt Reallehrer und Hauptmann Hans Heer als Repräsentant der freisinnigen Richtung. Die eidgenössischen freisinnigen Mandatsträger Dr. Carl Spahn, Dr. Heinrich Bolli, Dr. Albert Ammann und Oberst Arthur Moser vertraten «Hochfinanz» und «Wirtschaft», soweit sich diese Ausdrücke für die damalige Zeit und für den kleinen Kanton Schaffhausen anwenden lassen. Der bedeutende städtische Mitgliederanteil an Gewerbetreibenden und Angestellten kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die *Freisinnig-demokratische Partei* am Ende der zwanziger Jahre zu einer eigentlichen Industriellen- und Akademikerpartei geworden war. Hatte das Jahrzehnt mit einem schwungvollen Aufbruch für den sozialen Ausgleich begonnen, so endete es für die *Freisinnig-demokratische Partei* in einer konservativen Verknöcherung gegenüber den Ansprüchen von Bauern und Arbeitern. Als im Herbst 1931 der freisinnige Nationalrat Arthur Moser sein Mandat verlor und ein Jahr später das Schaffhauser Stadtpräsidium an den oppositionellen Kommunisten Walther Bringolf fiel, wurde offenbar, wieweit die Tendenzen der *Freisinnig-demokratischen Partei* und diejenigen der Wählerschaft auseinanderklafften.

Krise des Schaffhauser Bürgertums?

Die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts waren gekennzeichnet von einer Umstrukturierung der Besitzverhältnisse, die 1919 eine Revision des kantonalen Steuergesetzes notwendig machte.

Zufolge der ungeahnten Entwicklung der Industrie ging der Hauptbesitz an die juristischen Personen über, schrieb der Schaffhauser Jurist Konrad Brütsch und bestätigte damit den bekannten Umstand, dass auch in Schaffhausen eine Vergesellschaftung des Kapitals stattgefunden hatte²⁰. Die typischen Familienbetriebe des 19. Jahrhunderts mit einem Unternehmerpionier an der Spitze wurden abgelöst von Aktiengesellschaften, oder es wurden andere Formen finanzieller Betriebsbeteiligung geschaffen.

Die Weltwirtschaftskrise, die anfangs und Ende der zwanziger Jahre ausbrach, ging nicht spurlos an Schaffhausen vorbei. Zum Kantonalbankskandal, der vor 1924 platzte, weil sich ein Reservefonds von mehreren Millionen Franken in nichts aufgelöst hatte²¹, traten bald weitere Vorkommnisse, die die Öffentlichkeit beunruhigten. Erstes Aufsehen erregte im November 1924 die Unterschlagungsaffäre von Otto Ulmer und Eugen Peyer, beide Beamte im Stadthaus, die sich je zirka 3000 Franken unrechtmässig angeeignet hatten²². Im November 1928 wurde der Verwalter der kantonalen Heil- und Pflegeanstalt Breitenau, Hans Frauenfelder, wegen Unterschlagung von 9000 Franken verhaftet²³. Im Januar 1929 folgte der Verwalter des kantonalen Zeughauses, Max Oertli, der sich im Wald erschoss, um der Verantwortung für die Veruntreuung von 2000 bis 3000 Franken zu entgehen²⁴. Der Elektrizitätswerkverwalter Carl Häusler ging in den Rhein²⁵, der Neuhauser Kantonalbankbeamte Heinrich Feurer erschoss sich in Hallau²⁶. Im Februar 1932 musste eine Strafuntersuchung gegen Buchhalter Hermann Stierlin vom städtischen Elektrizitätswerk eingeleitet werden²⁷, gleichzeitig wurde der städtische Polizeisekretär Affeltranger wegen Unterschlagung vor Gericht gezogen²⁸. Bei der Untersuchung ergab sich, dass ihm der Stadtpräsident persönlich Geld zur Verfügung gestellt hatte, um die Schuld zu decken²⁹. Affeltranger nahm sich am 25. Fe-

²⁰ 100 Jahre Demokratie 115.

²¹ AZ 20.10.1928.

²² Gerichtsberichterstattung in AZ 19.11.1925.

²³ AZ 19.11.1928. Protokoll RR 19.11.1928,816. Kantonsgerichtsurteil in Amtsblatt 1929,232.

²⁴ AZ 16.1.1929.

²⁵ Tagwacht 13.9.1924. Staatsarchiv, Todesregister B Schaffhausen 1924,40.

²⁶ Staatsarchiv, Todesregister A Hallau 1924—1933,9.

²⁷ AZ 17.2.1932.

²⁸ Selbstanzeige in AZ 5.2.1932.

²⁹ AZ 16.11.1932.

bruar 1934 das Leben, indem er sich unterhalb des Fäsenstaub von einem Eisenbahnzug überfahren liess.

Warum häufen sich diese Ereignisse? Eine auswärtige Beobachterin, Frau Dr. Regina Kägi-Fuchsmann, welche die Schaffhauser Gesellschaft der zwanziger Jahre mit kritischem Blick analysierte, gibt folgende Antwort:

Damals kamen die Autos auf, es wurde Mode, ausserhalb der Stadt Gasthäuser aufzusuchen und zu «saußen und zu fressen». Die veruntreuten Beträge waren für damalige Zeiten sehr hohe Summen, heute würde man nicht mehr grosses Aufsehen deswegen machen. Von besonderer Bedeutung war, dass diese Leute, mit Ibsen gesprochen, sogenannte «Stützen der Gesellschaft» waren, bekannte Angehörige der bürgerlichen Gesellschaft. Besonders Häusler war hoch angesehen. Seine Frau spielte in der Frauenbewegung eine wichtige Rolle³⁰.

Aber fast noch mehr als diese Affären beeindruckten Frau Kägi-Fuchsmann die prominenten Trinker der Stadt Schaffhausen. Nicht nur galt es damals als normal, dass die Betreffenden abends betrunken waren, nein, sie gingen schon angeheitert an die Arbeit. Der berühmteste Liebhaber des edlen Rebensaftes war Regierungsrat Gottfried Altorfer, auch der Apotheker Plattner am Fronwagplatz war eine in dieser Beziehung bekannte Figur. Man schwankte des heiteren Tages betrunken in der Stadt umher und gab ein entsprechendes Beispiel für die Gesellschaft.

Auch aus andern Gründen stagnierte das politische Leben auf bürgerlicher Seite. Der Regierungsrat stand unter der Führung des eben genannten Finanzdirektors Altorfer, der gerne alle neueren Bestrebungen blockierte, weil sie nach seiner Meinung die Staatskasse nur unnötig belasteten. Von seinem Amtskollegen Otto Schärker, Regierungsrat von 1928 bis 1938, zirkulierte das berühmte Bonmot, das er einst an einem Stammtisch ausgesprochen haben soll: *Ich bi zfuul zum Jasse, ich gang ufs Büro³¹!* Der dritte freisinnige Regierungsrat jener Jahre, Fritz Sturzenegger, zeichnete sich vor allem durch seine köstliche Art des Formulierens im Parlament aus; als Militärdirektor wurde er, obwohl er im Grad eines Kavalleriehauptmanns stand, bei Kriegsausbruch ersetzt³².

³⁰ Mitteilung Regina Kägi-Fuchsmann 4.7.1969. Vgl. dazu ihre Memoiren *Das gute Herz genügt nicht*, Zürich 1968, 85—99, 189—190.

³¹ Mitteilung Karl Schib 21.8.1970.

³² AZ 20.10.1928.

Mag sein, dass die Schaffhauser Regierung von 1930 nicht ganz so untauglich war, wie die Opponenten von damals es sehen wollten. Immerhin beschränkte sie sich auf die Verwaltung des Bestehenden und überliess die Initiative jüngeren Kräften, ohne ihnen entgegenzukommen.

Ein Lichtblick in dieser politischen Situation war der freisinnige Schaffhauser Stadtpräsident Dr. Heinrich Pletscher, der verschiedene Bauvorhaben an die Hand nahm, die sein Nachfolger Walther Bringolf vollenden konnte. Aber Pletscher zeigte sich in der Auseinandersetzung mit der Linken nicht hartnäckig und kämpferisch genug und nahm 1932, als er Widerstände gegen seinen umsichtigen, aber politisch kraftlosen Kurs spürte, freiwillig Abschied vom Stadtpräsidium (S. 505).

Die innere Reform (1927—1932)

Ernst Uhlmann

Die Nachfolge Eduard Gublers am *Intelligenzblatt* trat Dr. iur. Ernst Uhlmann an. Schon als Kantonsschüler und Student hatte sich Uhlmann der Journalistik gewidmet. Als er nach dem Doktor-examen im Frühjahr 1927 von Bern nach Schaffhausen kam, um als Jurist an den Schaffhauser Gerichten zu wirken, wurde er rasch in den Vorstand der kantonalen *Freisinnig-demokratischen Partei* gewählt und amtierte dort als Parteisekretär³³. Im Oktober wurde Uhlmann die Redaktion des *Intelligenzblattes* angetragen, und nach kurzem Zögern entschied sich der Jurist für die weniger geruhssame Tätigkeit des Journalisten. Damit begann in der freisinnigen Partei und Presse ein neuer Wind zu wehen. In der Redaktionserklärung vom 1. November 1927 umriss Ernst Uhlmann den zukünftigen Kurs vom *Intelligenzblatt*:

Wir werden mit allem Nachdruck für unsere Armee, für die Wahrhaftigkeit unseres Landes eintreten und jeder Tendenz, die auf Untergrabung der soldatischen Disziplin ausgeht, energisch entgegentreten. Mit dieser Auffassung ziehen wir eindeutig die Grenze gegen die antimilitaristisch gesinnten Linksparteien. Von ihnen trennt uns aber nicht nur die Einstellung zur Militärfrage, sondern insbesondere die Auffassung über unser

³³ Protokoll FDP Kanton 20.4.1927.

*Wirtschaftssystem und unsern Staat überhaupt. Wer das sozialistische und kommunistische Wirtschaftsideal befürwortet, wer auf sein Banner den Klassenkampf und die proletarische Diktatur geschrieben hat, wird uns immer als Gegner finden*³⁴.

In der richtigen Erkenntnis, dass mit dieser Abgrenzung noch nichts über den positiven Gehalt der zukünftigen freisinnigen Politik ausgesagt war, bemühte sich Dr. Uhlmann sofort, nicht nur in der kantonalen Partei, sondern auch auf schweizerischer Ebene eine Standortbestimmung einzuleiten. Am 30. Juni und 1. Juli 1928 fand im Nationalratssaal in Bern die erste Akademikertagung der *Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz* statt, die vor allem von jungen Studierenden besucht wurde, die sich um die Partei scharten³⁵. Dabei kam der Generationenkonflikt zur Sprache, der nicht nur in Schaffhausen, sondern überall eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen alten und jungen Parteimitgliedern erschwerte. Die zweite Akademikertagung vom 23. und 24. November 1929 in Zürich zeigte unter Ernst Uhlmanns Vorsitz erste Ansätze zu einer freisinnigen Neuorientierung, wobei die leidenschaftliche Kritik an Staat, Gesellschaft und Partei in einem Bekenntnis zu *den Grundsätzen eines echt politischen und kulturellen Liberalismus, für die Erhaltung der liberalen Grundlagen der Bundesverfassung und gegen einseitige Interessenvertretungen* ausklang. Die dritte Akademikertagung in Luzern am 21. und 22. Juni 1930 hatte sich mit einem Programm zu befassen, das die ad hoc gebildete «Zürcher Gruppe» unter der Führung von Robert Tobler und Werner Niederer ausgearbeitet hatte. Durch die Geschlossenheit ihres Auftretens gelang es den Zürchern, der Urzelle der *Neuen Front*, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und eine Diskussion ihrer Thesen durchzusetzen. Da die Luzerner Versammlung aber darauf verzichtete, die Programmpunkte der «Zürcher Gruppe» in eine Resolution zusammenzufassen, erreichte diese ihr Ziel nur teilweise. Um sich innerhalb der *Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz* die nötige Durchschlagskraft zu verschaffen, konstituierten sich die Zürcher Jungakademiker am 2. Juli 1930 in der «Linde» Oberstrass als «Politische Gruppe», die kurz darauf unter dem Namen *Neue Front* aktiv in die Parteipolitik eingriff. Auch am vierten Akademikertag vom 27. und 28. Juni 1931 in Solothurn gelang der *Neuen Front* die ideelle Unterwanderung der übrigen aka-

³⁴ SI 1.11.1927.

³⁵ SI 3.7.1928. Ueber die freisinnigen Akademikertagungen orientieren ausführlich Glaus 35—53, Wolf 107—110, Zöberlein 12—17, 46—49.

demischen Jungfreisinnigen nicht. Das gedruckt eingereichte «Manifest der Korporativen» erhielt die Unterstützung von 31 Stimmenden. 57 freisinnige Akademiker bekannten sich dagegen zu einer Resolution, in der das Bekenntnis zum freisinnigen Parteiprogramm enthalten war.

Parteikrise

Dr. Ernst Uhlmann hatte sich als Leiter der freisinnigen Akademikertagungen und Redaktor des *Schaffhauser Intelligenzblattes* bereits soweit für eine Erneuerung des Freisinns engagiert, als er sich im Herbst 1931 den Nationalratswahlen zuwenden musste. Verschärfend wirkte für die Wahlsituation im Kanton Schaffhausen, dass die Mandatzahl nach der Eidgenössischen Volkszählung 1930 von 3 auf 2 reduziert worden war. Der freisinnige Nationalrat Arthur Moser äusserte den Willen, wieder zu kandidieren, was seine Partei skeptisch und eher ablehnend zur Kenntnis nahm³⁶. Die Reserve der Partei ergab sich aus der Tatsache, dass Moser, der 1928 kumuliert mit Heinrich Pletscher auf der freisinnigen Liste aufgeführt wurde, massenhaft zugunsten des zweiten Kandidaten gestrichen worden war. Von unbekannter Hand waren damals die freisinnigen Wahlplakate durch ein Zusatzplakat ergänzt worden, das empfahl, zweimal Pletscher statt zweimal Moser zu schreiben³⁷. Das Resultat bewies, dass die Stimmbürger dieser Empfehlung teilweise folgten³⁸. Dass es 1931 Arthur Moser dennoch gelang, allein und kumuliert auf die freisinnige Nationalratsliste genommen zu werden, muss als Erfolg der «alten Garde» gewertet werden. Da die *Bauernpartei* die ganze Landschaft hinter sich hatte und die Kommunisten unter Bringolf eine publikumswirksame Wahlkampagne durchgeführt hatten, geschah das Malheur, dass Arthur Moser und die *Freisinnig-demokratische Partei* ihren Sitz am 25. Oktober 1931 verloren. Damit war auch das Vertrauen in die bisherige kantonale Parteiführung erschüttert. Eine Parteikrise brach aus, die sich anlässlich der kantonalen Delegiertenversammlung vom 22. November 1931 im «Schützenhaus» in einer leidenschaftlich geführten Debatte äusserte³⁹. Offen zeigte sich der seit Jahren schwelende Generationenkonflikt des Schaffhauser Freisinns, der

³⁶ Protokoll FDP Kanton 27.10.1931.

³⁷ AZ 26.10.1928.

³⁸ Arthur Moser (kumuliert) erhielt 4705 Stimmen; Heinrich Pletscher (einfach) 3606 Stimmen (Amtsblatt 1928,923—927).

³⁹ Protokoll FDP Kanton 22.11.1931.

durch den eklatanten Misserfolg eine besondere Bedeutung erhielt. Nach der turbulenten Versammlung trat der kantonale freisinnige Parteivorstand gesamthaft zurück. Kurz darauf wünschten durch ein Schreiben sechs jüngere Akademiker ihre Aufnahme in den Vorstand: die Juristen Dr. Hermann Eisenhut, Dr. Rolf Henne, Dr. Max Jenny, Dr. Fritz Rippmann und die Kantonsschulprofessoren Hugo Meyer und Otto Tanner⁴⁰. In einer Zusatzforderung stellten sie den Antrag, dass einem der Genannten das Parteisekretariat übertragen werden sollte. Offenbar sah man an leitender Stelle ein, dass die jüngeren Kräfte nun vermehrt zum Zuge kommen sollten. Ohne grosse Kämpfe wurde im Verlauf des Monats Februar ein neuer Kantonalvorstand gebildet und am 27. Februar von den Delegierten bestätigt⁴¹. An die Spitze der Partei trat Gaswerkdirektor Hans Käser, Vizepräsident wurde Dr. Hermann Eisenhut, Sekretär Hugo Meyer. Die weiteren Vorstandsmitglieder waren Ständerat Heinrich Bolli, Dr. Rolf Henne, der Neuhauser Gemeindepräsident Ernst Moser-Moser, der Schaffhauser Stadtpräsident Dr. Heinrich Pletscher, Regierungsrat Dr. Otto Schärker, Professor Otto Tanner, Redaktor Ernst Uhlmann und Regierungsrat Gottfried Altorfer. Statutengemäss waren ferner die Sektionspräsidenten Angehörige des Vorstandes: Kantonsrat Franz Moser-Rich (Neuhausen), Kantonsrat Christian Russenberger (Schleitheim), Dr. Karl Schwaninger (Stein am Rhein) und Georg Werner (Buchthalen).

Programmrevision

In den personellen Veränderungen erschöpfte sich die Stosskraft der neuen Parteiführung allerdings nicht. Einen Monat nach der Umbildung des Vorstandes begannen die Sitzungen zur Konzeption der neuen Statuten, die am 11. Juni 1932 in Kraft gesetzt wurden. Als Vorkämpfer der neuen Organisation bezeichnet das Protokoll Dr. Rolf Henne und Dr. Hermann Eisenhut⁴². Die *Freisinnig-demokratische Partei* erhielt nun als Zielsetzung:

Sie stellt sich die Schaffung einer umfassenden Volksgemeinschaft zur Aufgabe. Sie bekämpft die Auswüchse der Demokratie. Sie tritt dafür ein, dass führende Persönlichkeiten im

⁴⁰ Protokoll FDP Kanton 2.2.1932.

⁴¹ Protokoll FDP Kanton 27.2.1932. Schreiben von Hans Käser an Hugo Meyer vom 21.2.1932 (Stadtbibliothek, FDP-Archiv).

⁴² Protokoll FDP Kanton 16.7.1932.

Staate zur Geltung kommen und verlangt ein hohes Verantwortungsbewusstsein der Volksbeauftragten dem Volksganzen gegenüber. Bei der Aufstellung der Kandidaten soll die persönliche Eignung massgebend sein . . .

Sie befürwortet eine grundsätzliche Regelung der Verhältnisse zwischen Staat und Wirtschaft, wobei sie in der Heranziehung der Berufsverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Mitarbeit an den Aufgaben der Gesamtheit ein geeignetes Mittel erblickt, um den Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen herbeizuführen und den Staat von wesensfremden Aufgaben zu entlasten . . .

Die Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Schaffhausen steht auf nationalem Boden und bekämpft alle Bestrebungen, die auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Verfassung und Gesellschaftsordnung gerichtet sind. Sie bejaht die Landesverteidigung und damit die Erhaltung unserer Armee. Sie unterstützt die Lösung internationaler Konflikte auf dem Rechtswege⁴³.

Im weiteren zeichneten sich die organisatorischen Bestimmungen der Statuten durch ein straffes Zusammenfassen der Mitgliedschaft und durch eine Betonung der Autorität aus. Um auch die Parteispitze den Forderungen der Stunde anzupassen, wurde der Kantonalvorstand auf sieben Mitglieder reduziert. Die Delegiertenversammlung vom 14. Juli 1932 wählte Hans Käser als Präsident, Hugo Meyer als Sekretär, Hermann Eisenhut und Georg Werner als Beisitzer. Neu wurden Konrad Hausammann, Dr. Armin Billeter und Otto Dolder (Neuhausen) in den Vorstand aufgenommen⁴⁴. Das Prinzip der «offenen Partei» wurde abgelöst durch die Bestimmung, dass nur Mitglieder Zutritt zu den Parteitag haben. Artikel vier legte fest: *Mitglieder, die den Zielen der Partei entgegenarbeiten oder deren Verhalten in offensichtlichem Widerspruch mit den Richtlinien steht, sind durch die Partei auszuschliessen.* Es zeigt sich die Tendenz, dass sich die Partei ihrer Minderheitsstellung bewusst war und sich auf eine Kampfzeit vorbereitete. Es lässt sich auch nicht verkennen, dass die Zielsetzung der Schaffhauser *Freisinnig-demokratischen Partei* gewisse Postulate der Frontenbewegung vorwegnahm. Begriffe wie «Volksgemeinschaft», «Auswüchse der Demokratie», «führende Persönlichkei-

⁴³ Statuten vom 11.7.1932 (Stadtbibliothek, FDP-Archiv).

⁴⁴ SI 15.7.1932.

ten», «Heranziehung der Berufsverbände», «Erhaltung unserer Armee» weisen in Richtung eines autoritär geführten, militarisierten Korporationsstaates, der den Interessen des gesamten Volkes hätte gerecht werden sollen.

Rücktritt des Stadtpräsidenten Heinrich Pletscher

Auf dieser ideellen Grundlage waren die jungen Kräfte der Partei eben daran, mit einem «Aktionsprogramm» den Wahlherbst von 1932 vorzubereiten, als mit Schreiben vom 11. Oktober 1932 Stadtpräsident Dr. Heinrich Pletscher sein Amt der Partei kurzfristig zur Verfügung stellte (S. 445). Einige Tage darauf trafen Rolf Henne und Hermann Eisenhut aus der freisinnigen Wahlkommission zurück⁴⁵. Was war der Hintergrund dieser Vorgänge? Offenbar standen die beiden Vorkommnisse in keinem direkten Zusammenhang. Der Rücktritt Pletschers erfolgte nicht völlig freiwillig, denn die Affären «Gegaschulhaus» (Kostenüberschreitung), «Stadtpolizei» (Unterschlagung) und die entsprechenden Untersuchungen belasteten das freisinnige Stadtoberhaupt und seine Partei. Pletscher verstand es in seiner vermittelnden Art nicht, seine unbestrittenen Leistungen in den Vordergrund zu stellen und straff gegen die kämpferische Linke Haltung zu wahren. Die jüngeren Freisinnigen hätten gerne etwas mehr Energie von seiten des Stadtpräsidenten verspürt, was mit ein Grund sein mochte, dass sich Pletscher in diesen turbulenten Jahren zurückzog. Hans Käser, Gaswerkdirektor, lehnte eine Kandidatur ab⁴⁶. Vorgeschlagen wurde schliesslich Dr. Reinhard Amsler. Amsler entstammte der Industriellenfamilie der Firma Amsler & Cie. Seine Kandidatur fand vorerst den Widerspruch von Otto Schärler und der *Katholischen Volkspartei*, weil sie die Niederlage gegenüber Walther Bringolf (KPO) voraussah⁴⁷. Die *Arbeiter-Zeitung*, welche die Mär verbreitete, die Grossindustrie sei es, die die *Freisinnig-demokratische Partei* zu einer strafferen Haltung zwingen⁴⁸, würdigte die bisherigen Verdienste Reinhard Amslers kritisch: Amsler habe sich nie um Politik bekümmert, wisse nicht, wie ein Parlament von innen aussehe, und sei völlig ahnungslos in Gemeindefragen; daher sei die Nomination dieses monokeltragenden Industriellen eine Provokation gegenüber

⁴⁵ Protokoll FDP Kanton 10.10.1932, 28.10.1932.

⁴⁶ AZ 14.10.1932.

⁴⁷ Protokoll FDP Kanton 1.11.1932.

⁴⁸ AZ 29.10.1932.

der werktätigen Arbeiterschaft⁴⁹. Dass Amsler durchaus nicht nur Industrieller war und es in seiner damals kraftvollen Art verstand, Bringolf publizistisch die Stirne zu bieten, nützte der *Freisinnig-demokratischen Partei* nichts. Die gegnerische Propaganda hatte mehr Erfolg: am 6. November entschieden sich die Stimmbürger der Stadt Schaffhausen gegen Amsler und die *Freisinnig-demokratische Partei* und wählten den «Roten Stadtpräsidenten» Walther Bringolf (S. 443). Das war nach den Nationalratswahlen vom Herbst 1931 der zweite grosse Schlag für die FDP als grösste der städtischen bürgerlichen Parteien.

Was bedeutete der Rückzug von Henne und Eisenhut aus der freisinnigen Wahlkommission? Beide waren erklärte Anhänger der *Neuen Front*, die an der Tagung der Jungliberalen Bewegung vom 7. und 8. Mai 1932 in Flüelen das Tischtuch mit der freisinnigen Mutterpartei zerschnitten hatte⁵⁰. Waren die Schaffhauser Vertreter vorläufig noch in der kantonalen *Freisinnig-demokratischen Partei* verblieben, zeigte sich im Oktober 1932 am Austritt aus der Wahlkommission ihre Abwendung von der freisinnigen Politik. Die Integration der jungen Garde in die alte Partei war trotz Vorstandsumbildung und neuer Parteiprogrammatik nicht vollumfänglich geglückt. Die Wege von Freisinn und Front trennten sich.

Zwischenkapitel:

Die Neue und Nationale Front in Schaffhausen (1932—1943)

Anfänge

Ueber die Gründung der *Neuen Front* in Schaffhausen, die im Oktober 1932 erfolgte, schrieb Rolf Henne:

Es war nicht eine «Partei», die sich auf Grund von Statuten und einem schön hergerichteten Programm gebildet hatte, sondern ein fest geschlossener Freundschaftsbund, in welchem jeder einzelne Kamerad nur von dem einen leidenschaftlichen Gedanken erfüllt war: Gemeinsam mit den Andern einen Weg aus den Nöten der Gegenwart heraus zu finden. Wir waren uns bewusst, dass nur der unbedingte Einsatz für die als richtig er-

⁴⁹ AZ 3.—5.10.1932.

⁵⁰ Glaus 66. Wolf 110.

*kannte Idee uns hoffen lassen konnte, siegreich gegen die Mächte der Vergangenheit anzukämpfen. Daher zog jeder in seiner Art einen Strich unter das bisherige Leben, um sich mit ganzer Kraft für die Aufgaben einzusetzen, die seiner harrten*⁵¹.

Der «festgeschlossene Freundschaftsbund» umfasste vorwiegend junge Schaffhauser Freisinnige, Juristen und andere Akademiker, die sich teilweise aus der Schaffhauser Mittelschulverbindung «Scaphusia» kannten und sich aktiv im Offiziers- oder Unteroffiziersverein Schaffhausen betätigten. Der Austritt von sieben Aktivisten aus der *Freisinnig-demokratischen Partei* erfolgte kollektiv mit Schreiben vom 14. Januar 1933, das die grundsätzliche Ablehnung des Liberalismus und der politischen Parteien enthielt und zur Erneuerung der Volksgemeinschaft ein neues politisches Glaubensbekenntnis forderte. Der Brief wurde unterzeichnet von Dr. Rolf Henne, Dr. Hermann Eisenhut, Dr. Max Jenny, Carl Meyer, Dr. Arnold Belrichard, Konrad Hausammann und Albert Bosshard⁵². Ihnen folgten bald weitere Freisinnige. *Es sind etwa 50, die allmählich austraten und die Neue Front gründeten unter Anlehnung an die Nationale Front in Zürich*, schrieb Dr. Fritz Rippmann im Jahresrückblick und gab gleichzeitig bekannt, dass der Mitgliederbestand der *Freisinnig-demokratischen Partei der Stadt Schaffhausen* innert Jahresfrist von 400 auf 350 abgenommen habe⁵³.

Erstes öffentliches Auftreten

Die Ausweitung der frontistischen Mitgliederbasis erfolgte systematisch durch Veranstaltungen und eine eigene Parteipresse. Am 12. April 1933 trat die *Neue Front* erstmals in Schaffhausen öffentlich auf und fand dabei grosse Beachtung unter den Bürgerlichen. Diese Veranstaltung im «Landhaus» mit dem Thema «Ziele der Neuen Front» gilt als eigentliche Gründung der Ortsgruppe Schaffhausen. Nach Rolf Henne waren es bis zu diesem Zeitpunkt rund zwanzig Mann, die sich zur Ideenwelt der *Neuen Front* bekannten⁵⁴. Nun ging die Zahl der Anhänger sprunghaft in die Höhe.

⁵¹ Grenzbote 12.4.1934.

⁵² Stadtbibliothek, FDP-Archiv, Akten der FDP Stadt 1914ff., Schreiben vom 14.1.1933.

⁵³ Protokoll FDP Stadt 17.4.1933. Das gedruckte Mitgliederverzeichnis der FDP Stadt vom 1.2.1934 enthält 352 Mitglieder.

⁵⁴ Grenzbote 12.4.1934.

Das Interesse an der neuen politischen Bewegung war so gross, dass der Landhaussaal schon eine halbe Stunde vor Beginn der Veranstaltung voll besetzt war. Eine Ordnergruppe sorgte dafür, dass die Linke, die zu einer Gegendemonstration aufgerufen hatte, nicht in den Saal gelangte. Nach einem Eröffnungswort von Carl Meyer forderte Rolf Henne in einem einleitenden Votum die Erneuerung der Schweiz «an Haut und Knochen»⁵⁵, wies auf Uebelstände des Parlamentarismus hin, auf die schlechte Situation für den gewerblichen Mittelstand gegenüber den jüdischen Warenhäusern, auf den Bauernstand, der in Zinsenlast schmachte. Als verantwortlich für diese unerfreuliche Situation bezeichnete er den Materialismus des Marxismus, der überdies durch Klassendenken und Internationalismus die nationale Volksgemeinschaft zerstört habe. Henne stellte folgende konkrete Forderungen:

- Entschuldungsaktion für den Bauernstand.
- Abschaffung der Handels- und Gewerbefreiheit zum Schutz des Mittelstandes vor jüdischen Warenhäusern.
- Umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Arbeiter.
- Abbau der Gegensätze im Betrieb; Betriebe als Schicksalsgemeinschaften.
- Kontrolle der Banken.
- Schaffung eines schweizerischen Wirtschaftsrates.
- Einbezug der Berufsverbände in die Politik (statt Parlamente).
- Verschärfung der Einbürgerungspraxis.
- Starke Landesverteidigung.

Auf ein kurzes Votum von Redaktor Paul Thalmann, der als Vertreter der *Kommunistischen Partei-Opposition* das Wort erhielt und namens der international orientierten Arbeiterschaft die Verstaatlichung der Produktionsmittel forderte, entgegnete Hermann Eisenhut, dass man schon zu stark unter dem «roten Terror» stehe und dafür wirken müsse, dass sich die Arbeiter statt zu Sichel und Hammer wieder zum weissen Kreuz im roten Feld bekennen. Robert Tobler, Vertreter der *Neuen Front Zürich*, der zuerst versucht hatte, zu den linken Demonstranten vor dem Landhaus zu

⁵⁵ Grenzbote 15.4.1933. AZ 13.4.1933. SI 13.4.1933.

sprechen, aber mit Wutgeheul vertrieben worden war, sprach abschliessend für die Erneuerung der Volksgemeinschaft. Die Veranstaltung wurde mit dem Gesang der Vaterlandshymne abgeschlossen und ertete wohlwollende Besprechungen in den bürgerlichen Tageszeitungen. Gebührend wurde der ruhige Verlauf der Kundgebung gewürdigt und der Versuch der Linken, die Versammlung zu sprengen, verurteilt. Aus einem andern Blickwinkel beschreibt Paul Thalmann den Verlauf dieser ersten frontistischen Veranstaltung:

Etwa fünfzig Arbeiter standen wir vor dem Landhaus, um an der Kundgebung teilzunehmen. Nach deutschem Vorbild hatten die Frontisten einen Ordnerdienst aufgezogen und wollten uns am Betreten des Saales hindern. Wir formierten uns zu einem Keil, überrannten im Schwung die Ordner und gelangten in den Saal. Er war überfüllt, die Atmosphäre erhitzt. Dr. Tobler und Rolf Henne sprachen. Sie wiederholten die nationalsozialistischen Schlagworte, schimpften auf Juden, Gewerkschaften, Sozialisten und Kommunisten, das jüdische Finanzkapital. Am Schluss seiner Rede fragte Tobler stolz, ob ein Gegner das Wort wünsche. Lautes Gelächter. Ich meldete mich und betrat unter vielen Buhrufen das Podium. Meine Ausführungen wurden fortwährend tumultuös unterbrochen, immer drohender klang das Gebrüll «Schlagt den Sauhund tot!» Bevor mir Tobler das Wort erteilte, hatte er Henne schnell gefragt: «Willst du den Kerl abschlachten?» Für die Herren war das Ganze offenbar ein Sport.

Indessen waren auf unseren Aufruf, wenn auch mit einiger Verspätung, zahlreiche Arbeiter angerückt und demonstrierten vor dem Gebäude. Es kam mit dem Ordnerdienst rasch zu Tätlichkeiten. Noch während ich sprach, stürzten Fröntler mit blutverschmierten Gesichtern in den Saal, der Tumult wurde allgemein, die Versammlung endete im wilden Durcheinander. Auf der Strasse standen sich Arbeiter und Frontisten in feindlichen Gruppen gegenüber, die angerückte Polizei konnte sie nur mit Mühe trennen. Unsere Absicht, zwar nicht die Versammlung zu verhindern, wohl aber den frisch gebackenen Faschisten das Feld nicht widerspruchslos zu überlassen, war erreicht⁵⁶.

Der Bericht von Paul Thalmann ist als Stimmungsbild bedeutsam. Ganz so ruhig, wie die Veranstalter dies betonten, verlief die

⁵⁶ Thalmann 110.

Kundgebung nicht, denn sie hatte ein parlamentarisches Nachspiel zur Folge. Redaktor Dr. Uhlmann verlangte in einer Interpellation im Grossen Stadtrat eine bessere «Sicherung der Versammlungsfreiheit» durch die Polizei und attackierte damit den Polizeireferenten, Stadtpräsident Bringolf, dem die Ausschreitungen angelastet wurden⁵⁷. Bringolf war während der frontistischen Kundgebung in der Frühjahrsession des Nationalrates, hatte aber von dort aus genaue Weisungen über den Einsatz der städtischen Polizei erlassen⁵⁸. Als sich der Urheber der Gegendemonstration, Redaktor Paul Thalman, im Grossen Stadtrat einen schärferen Einsatz der Polizei verbat und unter Hinweis auf die Genfer Schiesserei vom November 1932 das Bürgertum als Arbeitermörder anklagte, ging ein hinkender Bürgerlicher mit seinem Stock auf den linken Redner los⁵⁹.

Der Grenzbote

Während sich im Kanton Schaffhausen die frontistischen Veranstaltungen rasch aufeinander folgten, sorgte der *Steiner Grenzbote* seinerseits für die Verbreitung des Ideengutes der *Neuen Front*⁶⁰. Die bei Egloff & Gänswein in Stein am Rhein gedruckte Zeitung war bisher nicht viel anderes gewesen als ein bescheidenes Lokalblatt für die Gemeinden am Untersee, das seine Spalten dem freisinnig-bäuerlichen Mittelstand offenhielt. Am 8. April 1933 stellte es sich in den Dienst der Erneuerungsbewegung, und vom 15. April an erschien es mit dem ergänzenden Untertitel «Offizielles Organ der Neuen Front». Redaktor für die Artikel der Erneuerungsbewegung, die mit «NF» oder «x» gekennzeichnet waren, wurde Waiseninspektor Dr. Hermann Eisenhut, den allgemeinen Teil besorgte Paul Egloff in Stein am Rhein⁶¹. Als Mitarbeiter stellten sich die Gründer der *Neuen Front Schaffhausen* zur Verfügung: Dr. Rolf Henne, Dr. Arnold Belrichard, Carl Meyer, Dr. Hans Kläui und andere. Das Blatt erschien vorerst noch dreimal wöchentlich, ab 19. März 1934 unter der Redaktion von Hans Kläui und Hermann Eisenhut täglich. Bereits anfangs 1934 wurde der Titel in *Grenzbote* umgeändert, womit das Blatt seinen Einfluss

⁵⁷ Protokoll GSR 19.4.1933.

⁵⁸ Bringolf 170—171.

⁵⁹ Mitteilung Paul Thalman 26.11.1970.

⁶⁰ Vgl. Glaus 173—178.

⁶¹ Mitteilung Dr. Hermann Eisenhut 16.5.1967.

über den lokalen Rahmen hinaus dokumentierte. Ab 1. Oktober 1935 bis 1943 wurde der *Grenzbote* im Haus zur Freudenfels in Schaffhausen in einer eigenen Druckerei der *Neuen Front*, die inzwischen die schweizerische Bezeichnung *Nationale Front* übernommen hatte, redigiert und hergestellt.

Im Gegensatz zum *Eisernen Besen* und zur *Front* führte der *Grenzbote* eine mässigere Sprache, die der Sonderstellung der *Neuen Front* innerhalb des *Kampfbundes Neue und Nationale Front* entsprach. Der Zusammenschluss der beiden Fronten war am 22. April und 13. Mai 1933 in Zürich erfolgt, um eine Stärkung der Erneuerungsbewegungen herbeizuführen⁶², doch zeichnete sich die Schaffhauser Gruppe um Rolf Henne durch starke lokale Beziehungen und einen abgeschwächten Antisemitismus aus⁶³.

Ständeratsersatzwahl 1933

Als bekannt wurde, dass der freisinnige Dr. Heinrich Bolli, dessen Ansehen durch den aufsehenerregenden Konkurs der von ihm präsierten internationalen «Ammonium AG»⁶⁴ stark gelitten hatte, im Juni 1933 seinen Rücktritt als Ständerat nehmen würde⁶⁵, bereitete die *Neue Front* sofort einen Wahlfeldzug vor. Als ihren Kandidaten bezeichnete sie Gauführer Dr. Rolf Henne, der damals Mitarbeiter im Advokaturbüro des demissionierenden Ständerates Bolli war. Während der Wahlvorbereitungen nahmen die bürgerlichen Parteien mit Rolf Henne Verbindung auf und bezeichneten ihn als offiziellen Redner für die vaterländische Kundgebung am 1. August. Dadurch wurde ihm von bürgerlicher Seite Gelegenheit geboten, sich einem weiteren Kreis der Bevölkerung vorzustellen. Der Schaffhauser Ständeratswahl vom 3. September 1933 kam grundsätzliche Bedeutung zu, weil sich an ihr die Stärke der Erneuerungsbewegung zeigen musste. Sie wurde daher auch in der ganzen Schweiz mit Spannung verfolgt und war Anlass zahlreicher Pressekommentare⁶⁶. Henne konnte mit dem Wohlwollen der Katholiken rechnen, die Stimmfreigabe beschlossen hatten⁶⁷. Die Freisinnigen, von welchen sich die *Neue Front* inzwischen klar abge-

⁶² Wolf 116. Ueber die Wirksamkeit der Neuen und Nationalen Front ausserhalb Schaffhausens orientieren Glaus, Wolf und Zöberlein.

⁶³ Glaus 176.

⁶⁴ vgl. dazu Bollis Erklärung in SI 18.6.1932.

⁶⁵ Protokoll FDP Kanton 26.4.1933, 9.5.1933.

⁶⁶ ausführlich bei Wolf 137.

⁶⁷ SZ 21.8.1933.

grenzt hatte (S. 507), portierten ihren Kantonalpräsidenten Hans Käser, der die offizielle Unterstützung der *Bauernpartei* und der *Evangelischen Volkspartei* erhielt. Kandidat der *Kommunistischen Partei-Opposition* war Stadtrat Hermann Erb. Der erste Wahlgang brachte Käser 4919, Erb 2987 und Henne 2949 Stimmen, aber kein Kandidat erreichte das absolute Mehr⁶⁸. Die *Katholische Volkspartei* entschied sich nun für die offizielle Unterstützung Hennes⁶⁹, was allerdings ohne Folgen auf seine Stimmenzahl blieb. Im zweiten Wahlgang vom 10. September erreichte Käser 5024 Stimmen und war damit gewählt; Erb brachte es auf 3297 Stimmen, und Henne blieb mit der gleichen Stimmenzahl wie eine Woche zuvor, 2949, auf dem dritten Platz⁷⁰. Die hochgespannten Erwartungen der *Neuen Front* waren zerschlagen, die Freisinnigen betrachteten ihre Stellung als gefestigt, und die Kommunisten waren ebenfalls höchst zufrieden, dass sie den Frontisten zahlenmässig geschlagen hatten.

Eidgenössischer Sozialismus

Nach einer Phase der Selbstbesinnung raffte sich die *Neue Front*, die von 1934 an auch in Schaffhausen als *Nationale Front* auftrat, zu weiteren politischen Aktionen auf. Im Januar 1934 erfolgte ein Lohnabbau in der Maschinenindustrie, was den Schaffhauser Gauführer Henne veranlasste, vom kantonalen Industriellenverband ein *die höheren Gehälter und die Dividenden beschneidendes Notopfer* als Akt wahrer Solidarität zu fordern⁷¹. Der Einsatz für einen «Eidgenössischen Sozialismus» wurde in einem Grenzbote-Leitartikel unterstrichen:

Bisher hat die Industrie in allen ihren Kämpfen gegen die Arbeiterschaft ideell gegen Landesfeinde, gegen Abtrünnige an Volk und Vaterland gefochten, was ihre Stellung ausserordentlich erleichtert hat. Heute tritt ihr eine Macht gegenüber, welche im Namen des Landes und der Nation spricht und handelt, und den Bannstrahl bereithält, um notfalls ihrerseits die Industrie ausserhalb der Nation zu stellen und zum Feind des Landes zu machen⁷².

⁶⁸ Amtsblatt 1933,886.

⁶⁹ SZ 8.9.1933.

⁷⁰ Amtsblatt 1933,904.

⁷¹ Glaus 256.

⁷² Grenzbote 30.1.1934.

Dieser Appell verhallte ungehört, die Waffenfabrik der Schweizerischen Industriegesellschaft Neuhausen vielleicht ausgenommen, in der zahlreiche Angehörige der Belegschaft und der Direktion der *Neuen und Nationalen Front* beigetreten waren⁷³. Dort hatte sich — durch Gründung frontistischer Betriebszellen unterstützt⁷⁴ — im Ansatz eine Art «Betrieblicher Schicksalsgemeinschaft» entwickelt, wie sie Rolf Henne am 12. April 1933 im «Landhaus» gefordert hatte. Jedenfalls nahm die *Nationale Front* später für sich in Anspruch, dort Lohnerhöhungen, Verbesserung der Ferienlöhne und Vergütung militärbedingten Ausfalles erreicht zu haben⁷⁵.

War schon die Gründung von Betriebszellen ein Versuch, die Schaffhauser Arbeiter der *Kommunistischen Partei-Opposition* zu entfremden, versuchte die Front nun auch durch eine Aktion zur Beschränkung der Mietzinse den Arbeiter- und Angestelltenkreisen entgegenzukommen. Sie lancierte am 15. Januar 1934 eine Initiative auf Senkung der Hypothekar- und Mietzinse, die bis im März 3149 Unterschriften auf sich vereinigen konnte; sie blieb unerledigt liegen⁷⁶.

Totalrevision der Bundesverfassung?

Wenige Tage nach der Abstimmung über das erfolgreich bekämpfte eidgenössische Ordnungsschutzgesetz (Lex Häberlin)⁷⁷ startete die *Nationale Front* am 18. März 1934 eine Initiative auf Totalrevision der schweizerischen Bundesverfassung⁷⁸. Sie unternahm damit die staatspolitisch bedeutsamste Aktion ihres Bestehens, indem sie das ablehnende Abstimmungsresultat als Misstrauensvotum des Volkes gegenüber Regierung und «System» deutete. Der unvermittelte Rücktritt der Bundesräte Häberlin und Musy schien die frontistische These einer allgemeinen Staatskrise zu bestätigen. Als Erneuerungsbewegung sah sie ihre Aufgabe in der Neuordnung des eidgenössischen Grundgesetzes, das sie im Einklang mit dem Volksganzen wissen wollte. In zahlreichen Grenzbotenartikeln nahmen die Mitglieder der *Nationalen Front* Stellung zur Verfassungsreform, lehnten es aber ab, mit einem konkreten Verfassungsentwurf vors Volk zu treten.

⁷³ Amtsblatt 1945,816.

⁷⁴ Glaus 159.

⁷⁵ Glaus 258.

⁷⁶ Amtsblatt 1934,33—34, 342—344. Vgl. Glaus 257.

⁷⁷ Schaffhauser Resultat: 4991 Ja, 7541 Nein (Amtsblatt 1934,297).

⁷⁸ ausführlich bei Peter Stadler, *Die Diskussion um eine Totalrevision der schweizerischen Bundesverfassung 1933—1935* (SZG 19,1969,75—169).

*Nur wer wissentlich falsch informiert oder die Geschichte früherer Verfassungsänderungen nicht kennt, kann verlangen, dass man schon zu Beginn der Revisionsarbeit eine fertige Verfassung in der Tasche habe . . . Dagegen müssen die grossen Richtlinien vorgezeichnet sein, und diese hat die Nationale Front schon längst ausgeheckt*⁷⁹.

Mit dieser Argumentation entledigten sich die Führer der Erneuerungsbewegung elegant der Aufgabe, eine Konkretisierung ihrer romantischen Politik der «Volksgemeinschaft» vorzunehmen. Parallel zum frontistischen Vorstoss startete die *Jungliberale Bewegung der Schweiz* eine Totalrevisionsinitiative und legte einen klaren Verfassungsentwurf vor. 3387 Schaffhauser unterschrieben die frontistische Initiative⁸⁰. Am 8. September 1935 fand die eidgenössische Abstimmung über das Volksbegehren statt, das — laut *Grenzbote* — ein Prüfstein für die Schlagkraft unserer Organisation⁸¹ sein sollte. Sie wurde für die Initianten eine grosse Enttäuschung: sowohl Bund wie Kanton Schaffhausen verwarfen wuchtig; die Schaffhauser steuerten an das gesamtschweizerische Resultat 2665 Ja und 9468 Nein bei⁸². Somit hatten also nicht einmal alle Schaffhauser Unterzeichner der Initiative mit Ja gestimmt. Für die *Nationale Front* war das negative Abstimmungsresultat eine Niederlage, von der sie sich niemals mehr erholen konnte.

Wende

Im Vorfeld der eidgenössischen Erneuerungswahlen vom Herbst 1935 lenkte noch einmal eine politische Aktion das Interesse der Schaffhauser Oeffentlichkeit auf die *Nationale Front*. Im März 1935 startete Gauführer Carl Meyer eine kantonale «Initiative betreffend Gewährleistung der Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt», die 1332 Unterschriften auf sich vereinigen konnte⁸³. Anlass dieses Begehrens war ein Presseprozess, den Nationalrat Schüpbach gegenüber dem frontistischen *Grenzboten* vor den Schaffhauser Gerichten anhängig gemacht hatte. Der *Grenzbote* hatte Schüpbach im schweizerischen «Volksbankskandal» in seiner Eigenschaft als Verwaltungsrat der Bank ehrverletzend kritisiert und musste

⁷⁹ *Grenzbote* 28.4.1934.

⁸⁰ AZ 11.7.1935.

⁸¹ *Grenzbote* 6.4.1934.

⁸² Amtsblatt 1935,787.

⁸³ Amtsblatt 1935, 573, 753. Vgl. Glaus 253.

nun laut Urteil des Schaffhauser Kantonsgerichtes vom August 1934 1500 Franken an den Geschädigten bezahlen. Das Obergericht senkte zwar die Genugtuungssumme auf 1000 Franken, doch liess es sich die *Nationale Front* nicht nehmen, die Gerichte anzuklagen, nach politischen statt sachlichen Erwägungen gehandelt zu haben⁸⁴. Durch die Initiative Meyer sollte nun diesem Uebelstand für die Zukunft abgeholfen werden. Der Schaffhauser Regierungsrat war sich jedoch nicht klar darüber, ob die Initiative rechtmässig sei, und ersuchte den Rechtslehrer Walther Burckhardt in Bern um ein Gutachten; trotzdem Burckhardt die Volksabstimmung empfahl, fand sie nie statt⁸⁵. Auch in dieser Angelegenheit war der Front kein Erfolg beschieden.

Trotz diesen negativen Gegebenheiten nahm die *Nationale Front* weiterhin aktiv an den eidgenössischen Erneuerungswahlen im Kanton Schaffhausen teil. Als Nationalratskandidaten portierte sie 1935 Tierarzt Dr. Conrad Tanner, für den Ständerat schlug sie Otto Weber (Siblingen) vor. Beide wurden nicht gewählt und blieben deutlich hinter dem absoluten Mehr zurück: Tanner erhielt 12,5 Prozent, Weber 8,4 Prozent aller abgegebenen Stimmen⁸⁶. Damit wurde die *Nationale Front* zweieinhalb Jahre nach ihrer überraschend freudig begrüßten Gründung in Schaffhausen auf den Platz einer Minderheitenpartei verwiesen. Die Fahnenflucht der frontistischen Wähler von 1933 war offensichtlich. Das Jahr 1936 war für die *Nationale Front* Höhepunkt und Wende zugleich. Nach kantonalen und schweizerischen Niederlagen machte sie nun international von sich reden. Am 27. Juli sprach Landesführer Rolf Henne am dritten Kongress der «Internationale der Nationalisten» im Nobel-Institut in Oslo über die *Rolle der Schweiz im kommenden Europa* und skizzierte dabei eine eidgenössische Aussenpolitik, die zwischen Deutschland und Italien zu vermitteln habe⁸⁷. Es war ein letztes Aufleuchten dieser faschistischen Internationale, die seit 1934 bestand⁸⁸.

Die frontistische Brugger Tagsatzung vom 11. Oktober 1936 genehmigte das 26-Punkte-Programm⁸⁹, das sich bei näherer Beleuchtung als detaillierte Aufreihung der Forderungen Hennes vom

⁸⁴ Glaus 305.

⁸⁵ Glaus 457 Anmerkung 16.

⁸⁶ Amtsblatt 1935,907—911.

⁸⁷ Rolf Henne, *Die Rolle der Schweiz im kommenden Europa*, Zürich 1936.

⁸⁸ Glaus 319—322.

⁸⁹ Abdruck in *Die Front* 12.10.1936 und *Schweizerflagge* 15.5.1937. Faksimile in Glaus 137.

12. April 1933 im Schaffhauser «Landhaus» entpuppt (S. 508). Kurz vor den Schaffhauser Erneuerungswahlen von 1936 gab sich die *Nationale Front* damit ein schweizerisches Parteiprogramm. Sie leitete die Herbstwahlen im Kanton Schaffhausen mit einem massiven Angriff auf den sozialistischen Regierungsrat Ernst Bühler ein, dem sie vorwarf, Löcher in Toilettenwände gebohrt zu haben⁹⁰. Die ursprüngliche Absicht dieses perfiden Angriffs war wohl, das sozialistische Regierungsmandat selbst zu übernehmen, doch stellte die Front für die Erneuerungswahl vom 18. Oktober schliesslich keinen eigenen Kandidaten auf⁹¹. Dagegen nahmen die Frontisten an den Kantonsratswahlen vom 1. November 1936 in den Wahlkreisen Schaffhausen, Neuhausen, Schleithem und Stein am Rhein mit eigenen Listen teil. Das einzige Kantonsratsmandat, das sie bisher hatten erobern können, war mit Schreinermeister Gottfried Bächtold von Schleithem besetzt, der am 6. Mai 1934 für den verstorbenen Christian Russenberger (FDP) gewählt worden war. Bächtold kandidierte 1936 wieder im Wahlkreis Schleithem, ausserdem stellte die *Nationale Front* in Schaffhausen 12, in Neuhausen 2 und in Stein am Rhein einen Kandidaten auf. Keiner wurde gewählt⁹². Nicht einmal Gottfried Bächtold wurde bestätigt, er musste einem Vertreter der *Bauernpartei* weichen. Im Wahlkreis Schaffhausen erreichte die Front 11,8 Prozent der abgegebenen Stimmen und hätte als drittgrösste Partei neben Sozialisten und Freisinnigen 3 oder 4 Mandate erhalten, wenn nach dem proportionalen Wahlverfahren gewählt worden wäre (S. 183). Der Majorz verhinderte selbst einen partiellen Erfolg. Hätte die Front Anschluss bei den Bürgerlichen gesucht und gefunden, wäre der eklatante Wahlsieg der vereinigten Linken unmöglich gewesen. Die selbstgewollte Isolation der Frontisten entsprach der ideologischen Abgrenzung gegen Rechts und Links, verhinderte aber den Einstieg ins kantonale Parlament, wo die Front ihre Theorie in die Praxis hätte umwandeln können.

Auflösungserscheinungen und Verbot

Der verpasste Anschluss von 1936 hatte für die *Nationale Front* ähnliche Folgen wie die Misserfolge der Kommunisten in den zwanziger Jahren: statt in Selbstbesinnung und Realpolitik gefiel

⁹⁰ Grenzboten 10.10.1936.

⁹¹ SI 19.10.1936.

⁹² Grenzboten 2.11.1936.

man sich in ideologisch verbrämter Nörgelei, die eine Hassliebe zum Staat offenbarte, von dem man gross dachte, aber wenig ehrfürchtig schrieb. Der Landespropagandaleiter der Front, Benno Schächli, der 1937 als Berichterstatter des *Grenzboten* die Sitzungen des Schaffhauser Kantonsrates und des Grossen Stadtrates kommentierte, erreichte mit seiner unflätigen Schreibweise, dass ihm sein Platz am Presetisch entzogen und der Besuch der Ratstribüne verweigert wurde⁹³. Die Front versuchte den Grossratsbeschluss durch eine staatsrechtliche Beschwerde rückgängig zu machen, was insofern gelang, als das Bundesgericht das Besuchsverbot mit dem Grundsatz der Oeffentlichkeit der Ratsverhandlungen als unvereinbar erklärte. Der unerwünschte Journalist musste auf der Tribüne wieder zugelassen werden.

Ebensoviel Staub wirbelte 1937/1938 der «Fall Werner» auf, eine Versorgungsaffäre zweier Brüder, die unter anderem die Ungeschicklichkeit begangen hatten, von der kommunistischen zur frontistischen Farbe überzuwechseln. Sie wurden damit in der an sich unpolitischen Angelegenheit zum Brennpunkt einer politischen Affäre⁹⁴. Eine dauernde, zwangsweise Versorgung der Brüder Werner, durch die städtische Fürsorgekommission ausgesprochen, wurde vom Regierungsrat wieder aufgehoben und in eine vorübergehende Versorgung umgewandelt. Gegen den Beschluss der Fürsorgekommission hatte ein frontistischer Rechtsanwalt Beschwerde eingereicht, gegen jenen des Regierungsrates erfolgte gar ein staatsrechtlicher Rekurs, der vom Bundesgericht allerdings abgewiesen wurde. In einem Pamphlet mit dem Titel *Die Wahrheit über den Fall Werner* griff die Front den sozialistischen Fürsorgereferenten Hermann Erb und den Stadtpräsidenten Walther Bringolf aufs schärfste an und behauptete, die beiden hätten aus politischem Hass und ohne Kenntnis der Akten die Zwangsversorgung unterstützt. Der Erstunterzeichner, Amtsvormund Dr. Belrichard, zu diesem Zeitpunkt Ortsgruppenführer der *Nationalen Front*, wurde vom Stadtrat zur Rede gestellt, zog seine Unterschrift vorübergehend zurück, beharrte dann aber unter frontistischem Druck darauf, was seine fristlose Entlassung als Amtsvormund zur Folge hatte. Die Affären Schächli und Belrichard zeugen von einem Realitätsverlust der *Nationalen Front*. Benno Schächli wurde später

⁹³ Amtsblatt 1937, 349, 474, 858. AZ 7.4.1937. Vgl. Wolf 210.

⁹⁴ *Die Wahrheit über den Fall Werner — eine Aufklärungsschrift über die rechtswidrige Zwangsversorgung zweier junger Schweizerarbeiter* [Schaffhausen 1937] (Stadtbibliothek Bro 598). Vgl. Glaus 305, Wolf 212.

Leiter der SS-Rekrutierungsstelle «Panoramaheim» in Stuttgart, Dr. Arnold Belrichard Berliner Korrespondent verschiedener Schweizer Zeitungen⁹⁵. Beide wurden 1943 ausgebürgert.

Anfangs 1938 war die *Nationale Front* mit ihrer Politik am Ende. Am 28. November 1937 hatte sie mit der eidgenössischen Antifreimaurervorlage gegen einen unsichtbaren Feind gekämpft und auch diesen Kampf verloren. Am 23. Januar 1938 zog sich Rolf Henne als Landesführer zurück. Was folgte, waren innere Zerwürfnisse, zwiespältige Aktionen am Rande des Landesverrats oder darüber hinaus, bis sich die *Nationale Front* am 3. März 1940 selbst auflöste. Die *Nationale Gemeinschaft Schaffhausen*, die im Sommer 1940 als Nachfolgeorganisation der *Nationalen Front Schaffhausen* entstand und zum Sammelpunkt der ehemaligen Frontisten wurde, spielte eine wenig rühmliche Rolle und kompromittierte damit auch ihre Vorläuferin⁹⁶. Sie liess die Herbstwahlen von 1940 als Möglichkeit zur praktisch-politischen Tätigkeit ungenutzt vorbeigehen, wohl in der Hoffnung auf einen Umschwung anderer Art. Carl Meyer, der Leiter der *Nationalen Gemeinschaft*, wurde am 9. Juni 1941 durch den Bundesrat mit einem Redeverbot belegt, der Schaffhauser Polizeidirektor erliess gegenüber seiner Splittergruppe im Januar 1943 ein allgemeines Versammlungsverbot. Durch Beschluss des Schaffhauser Erziehungsrates vom 19. Februar 1943 wurde Reallehrer Carl Meyer schliesslich sogar vom Schuldienst dispensiert⁹⁷. Der Einsatz für eine «Europäische Schicksalsgemeinschaft» und ein «Neues Europa», welche die *Nationale Gemeinschaft* anstrebte, wurde in den kritischen Kriegsjahren als geistiger Landesverrat qualifiziert. Mit Bundesratsbeschluss vom 6. Juli 1943 wurden die *Nationale Gemeinschaft Schaffhausen* und die *Eidgenössische Sammlung* in den übrigen Landesteilen verboten und die Presseorgane *Grenzbote* und *Front* beschlagnahmt. Am 7. Oktober 1943 wurden die zahlreichen Nebenorganisationen ebenfalls zwangsweise aufgelöst, so der Nationale Front-Verlag Zürich und Schaffhausen, die Genossenschaft Freudenfels Schaffhausen (Immobilien-genossenschaft mit Einschluss des Wirtschaftsbetriebes), die Druckerei Freudenfels Schaffhausen, die Freie Landwirtschaftliche Genossenschaft Schaffhausen und die Frauen-

⁹⁵ Glaus 422.

⁹⁶ Glaus 346—350, Wolf 343—367.

⁹⁷ Wolf 379.

⁹⁸ Amtsblatt 1943,1293—1294. Vgl. Glaus 350; Wolf 388—389.

gruppe der *Nationalen Gemeinschaft Schaffhausen*⁹⁸. Zehn Jahre nach dem Frontenfrühling verschwand die Bewegung ebenso geräuschvoll, wie sie begonnen hatte.

Rückschau

Anders als der *Nationalen Gemeinschaft* muss der *Neuen und Nationalen Front Schaffhausen* für die Jahre 1933 bis 1937 eine politische Funktion beigemessen werden. Als Gruppe der Aktivistinnen hatte sie sich 1933 von der freisinnigen Mutterpartei abgelöst und mit ihrem jugendlichen Draufgängertum weite bürgerliche Kreise mitgerissen. Das unerwartet rasche Erobern der Volksgunst verhinderte eine echte innere politische Kräftigung ebenso wie die akademisch-ideologische Ausrichtung der heterogenen Bewegung, die — was die Schaffhauser Verhältnisse betrifft — besonders vom Generationenkonflikt im bürgerlichen Lager lebte. Als sich die Bewegung im Herbst 1933 in die Reihe der historischen Parteien einordnen musste, um an der Ständeratswahl teilnehmen zu können, musste sie erfahren, dass sie die angestrebte Volksgemeinschaft nur in hartem Ringen um die Mehrheit der Wähler erreichen konnte. Um die Diskrepanz zwischen den hochfliegenden Plänen einer Neuordnung der Schweiz und den harten politischen Realitäten überbrücken zu können und um ihre Anhänger auf ein Ziel hin zu orientieren, brauchte sie eine zeitgemässe, zügige Ideologie. Fast notwendigerweise musste sie auf den Faschismus von Italien, Deutschland, Oesterreich und die korporative Zunftordnung der Alten Eidgenossenschaft zurückgreifen, um Alternativen zur Schweiz der dreissiger Jahre entwickeln zu können. Während der Jahre 1934 bis 1937, das heisst während Rolf Hennes Landesführung, lässt sich ein starker Zug zur politischen und sozialen Praxis feststellen. Die junge Bewegung provozierte immerhin zwei eidgenössische Volksabstimmungen, lancierte mehrere kantonale Initiativen und versuchte verschiedene parlamentarische Vorstösse. Der Selbstbesinnung der bestehenden Parteien ist es zuzuschreiben, dass den Aktionen der *Nationalen Front* keine Durchschlagskraft beschieden war. Im Zweifrontenkrieg gegen den Marxismus der Sozialdemokraten und den Liberalismus der Freisinnigen wetzte sich der Kampfgeist der Frontisten allzurasch ab. Die «Nationalisierung» der Bringolf-Partei in Schaffhausen und der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* nahm dem «Eidgenössischen Sozialismus» der *Nationalen Front* den Wind aus den Segeln. Die Richtungskämpfe nach 1937 und die «politique pure» der Nachfolge-

organisationen reichten zwar noch zu Polemiken und Prozessen, nicht aber zu echten politischen Aktionen. Was 1933 mit jugendlicher Begeisterung und politischer Romantik begann, endete 1943 in starrköpfiger Isolation. Am Anfang und am Ende fehlte es an Realitätsbezogenheit, in den mittleren Jahren an der echten Verwurzelung im Volk.

Einbezug von Mittelstand und Gewerbe (1932—1955)

Grenzziehung gegenüber der Neuen Front

Der Frontenfrühling blieb nicht ohne Wirkung auf die *Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Schaffhausen*. Diese hatte mit der Abspaltung der Frontisten nicht nur den grössten Aderlass seit der Gründung der *Bauernpartei* zu beklagen, sie befand sich zudem in einer Profilneurose. Die Reaktion auf den frontistischen Abfall geschah rasch und wirkungsvoll. Sie zeigte die Tendenz, sich programmatisch einzelnen Forderungen der *Neuen Front* anzunähern, ohne das Bekenntnis zum Liberalismus fallenzulassen.

Die freisinnige Delegiertenversammlung vom 22. April 1933 stand unter dem starken Eindruck der ersten öffentlichen Veranstaltung der *Neuen Front* vom 12. April im Landhaus⁹⁹. Der Chefarzt des Kantonsspitals, Dr. Armin Billeter, versuchte eine Klärung des freisinnigen Standortes. Er gab zu bedenken, dass die Begeisterung der Landhausveranstaltung bei weiten Kreisen der Bevölkerung ihren Eindruck nicht verfehlt habe und auch einen Markstein für die freisinnige Politik bedeute. Die FDP habe daraus ihre Lehren zu ziehen und ihren eigenen Kurs zu suchen. Einige Parteifreunde hätten sich nach der frontistischen Kundgebung zusammengesetzt und eine erste Beratung abgehalten. Oberst Oscar Frey hielt fest, dass es in Zukunft grundsätzlich um einen Kampf gegen links, gegen die Auswüchse des Kapitalismus und gegen die Antimilitaristen gehe. Redaktor Ernst Uhlmann deutete bereits erste Massnahmen an. Nach dieser Delegiertenversammlung machte sich der Vorstand unverzüglich daran, ein Arbeitsprogramm zusammenzustellen. Es enthielt im wesentlichen folgende Forderungen:

⁹⁹ Protokoll FDP Kanton 22.4.1933. Vgl. S. 507.

- Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit
- Studium der Tantiemenfrage
- Kompetenzen schaffen für wirtschaftliche Instanzen
- Stärken von Landesverteidigung und Armee
- Massnahmen gegen Auswüchse des Parlamentarismus
(Verschieben der Kompetenzen nach oben)
- Einschränkung der Presse-, Versammlungs- und Redefreiheit
für staatsfeindliche und antimilitaristische Bestrebungen
- Verschärfung der Einbürgerungspraxis

Der Parteitag vom 30. April genehmigte in den Grundzügen dieses Arbeitsprogramm¹⁰⁰. Es ist nicht zu übersehen, dass mit diesem Programm einzelne Forderungen der Frontisten vorweggenommen wurden (S. 508). Kurz darauf erfolgte der Rücktritt von Ständerat Bolli. Die Parteileitung hatte den Wunsch geäussert, er möge jüngeren Kräften Platz machen, worauf der einst hochangesehene Politiker sein Mandat zur Verfügung stellte¹⁰¹. Da Heinrich Pletscher verzichtete, wurde die Ständeratskandidatur dem Kantonalpräsidenten Hans Käser angetragen¹⁰².

Inzwischen vollzog sich anlässlich der zweiten grossen Kundgebung der *Neuen Front Schaffhausen* die endgültige Grenzziehung zwischen Freisinn und Front. Am 9. Mai 1933 sprach Reallehrer Carl Meyer im katholischen Vereinshaus über die «Abgrenzung gegen rechts und links»¹⁰³. Zahlreiche Freisinnige sassen unter den Zuhörern. Zu Beginn der Veranstaltung wurde bekanntgegeben, es werde keine Diskussion stattfinden. Als der freisinnige Parteisekretär Hugo Meyer dennoch versuchte, zu Wort zu kommen, wurde er mit Pfui-Rufen bedacht. Darauf verliessen Professor Hugo Meyer, Redaktor Ernst Uhlmann vom *Intelligenzblatt*, Redaktor Emil Kühn vom *Tagblatt* und Redaktor Paul Schmid-Ammann vom *Schaffhauser Bauern* die Versammlung. Von nun an verzichtete man an eine mündliche Auseinandersetzung mit den Anhängern der *Neuen Front*, und gleichzeitig begann die selbstgewählte ausschliessliche *Schnellpolitik* der Frontisten.

Um dem frontistischen Taumel möglichst wirksam zu Leibe zu rücken, schlug Ernst Uhlmann eine gemeinsame Kundgebung der

¹⁰⁰ Protokoll FDP Kanton 30.4.1933.

¹⁰¹ Protokoll FDP Kanton 26.4.1933.

¹⁰² Protokoll FDP Kanton 21.7.1933.

¹⁰³ Grenzboten 9.5.1933.

bürgerlichen Parteien vor. In zwei gemeinsamen Vorstandssitzungen der *Freisinnig-demokratischen Partei* mit der *Bauernpartei*, der *Evangelischen Volkspartei* und der *Katholischen Volkspartei* wurde dieser Vorschlag besprochen¹⁰⁴. Die Freisinnigen und die Bauern waren sich sofort einig. Samuel Meier als Vertreter der *Evangelischen Volkspartei* lehnte eine gemeinsame Kundgebung ab, während Dr. Josef Ebner und Theodor Lunke namens der Katholiken Vorbehalte anbrachten. Ebner benützte die zweite Zusammenkunft zu einem längeren Referat über die Stellung der *Katholischen Volkspartei* und lehnte schliesslich die Bekämpfung der Fronten ebenfalls ab. Wegen der vorgerückten Jahreszeit verschoben die *Bauernpartei* und die *Freisinnig-demokratische Partei* die Veranstaltung auf später¹⁰⁵. Sie fand aber nie statt.

Die *Freisinnig-demokratische Partei* startete kurz darauf die Initiative Käser zum «Schutz der verfassungsmässigen Ordnung», die sich gegen radikale Machenschaften wandte, wie sie eben im Hitler-Deutschland praktiziert wurden. Das freisinnige Misstrauen gegenüber der *Neuen Front* verstärkte sich, als deren Mitglieder die Initiative nicht unterschrieben, die trotzdem im Oktober 1933 mit 1267 Unterschriften zustande kam¹⁰⁶.

Erfolg des neuen Kurses

Die freisinnige Initiative diente unter anderem auch als Starthilfe für den Ständeratskandidaten Hans Käser. Der Wahlkampf um Bollis Mandat, das auch von der *Neuen Front* und der *Kommunistischen Partei-Opposition* beansprucht wurde, gab im August und September 1933 allen Parteien Gelegenheit, sich grundsätzlich mit der Erneuerungsbewegung auseinanderzusetzen (S. 511). Dass der Sitz im zweiten Wahlgang an den freisinnigen Parteipräsidenten Hans Käser fiel, deutete man mit Recht nicht nur als Sieg einer Partei, sondern ebenso als Sieg einer neuen Geisteshaltung, die sich im Schaffhauser Freisinn abzuzeichnen begann. Käser war nicht ein Mann, der von der Politik leben wollte, sondern er lebte für die Politik. Er bekundete diese Einstellung zum Beispiel damit, dass er spontan die Hälfte der Unkosten des Wahlfeldzuges mit einer Spende von 3000 Franken übernahm¹⁰⁷. Mit den Stimmberechtigten

¹⁰⁴ Protokoll FDP Kanton 11.5.1933, 18.5.1933.

¹⁰⁵ Protokoll FDP Kanton 24.5.1933.

¹⁰⁶ Wortlaut in Amtsblatt 1933, 801 und SI 5.8.1933, Reaktion auf die frontistische Ablehnung in SI 11.8.1933, Resultat in Amtsblatt 1933, 1042 und SI 14.10.1933.

¹⁰⁷ Abrechnung in Stadtbibliothek, FDP-Archiv.

des Reiatdorfes Barzheim, die ohne Ausnahme zur Urne gegangen waren und ausschliesslich für Käser gestimmt hatten, feierte der neue Ständerat das überraschende Ereignis mit einem fröhlichen Dorffest¹⁰⁸.

Der Wahlerfolg Käasers hatte auch innerparteiliche Wirkungen. Im Sommer 1933 hätte der Vorstand der städtischen *Freisinnig-demokratischen Partei* neu bestellt werden sollen, doch wurden die Wahlen nicht vorgenommen, weil — so schrieb wenigstens die *Arbeiter-Zeitung* — niemand gewählt werden wollte¹⁰⁹. Offensichtlich befand sich die Partei in einer Krise, aus der nur eine personelle Veränderung der Parteileitung herausführen konnte. Neue Männer konnten einer neuen Richtung zum Durchbruch verhelfen. Erst am 7. November wurde die Neuwahl vorgenommen und mit Erfolg erledigt, indem Dr. Fritz Rippmann mit der Führung der Stadtpartei betraut wurde¹¹⁰.

Nicht ganz leicht war es für Hans Käser, die innerparteilichen Strömungen auszugleichen. Besonders die Frage der «Frontenoffiziere», das heisst der Offiziere der Schweizer Armee, die politisch in der *Neuen* oder *Nationalen Front* organisiert waren, beschäftigte die Gemüter stark. Als Hauptmann Konrad Hausammann im Vorfeld der Abstimmung über das eidgenössische Ordnungsschutzgesetz die Offiziere, die Mitglieder der *Neuen* oder *Nationalen Front* waren, im *Grenzboten* verteidigte¹¹¹, sah sich Parteipräsident Käser zu einem grundsätzlichen Referat über «den Frontenoffizier» veranlasst¹¹². Er lehnte darin eindeutig ab, dass ein Frontist zugleich Offizier sein könne. Diese mit ehrlicher Ueberzeugung vorgetragene Ansicht schied die Gemüter innerhalb der FDP, die nicht wenige Offiziere in ihren Reihen zählte. Waren die Frontenoffiziere durch ihr Bekenntnis zu einer politischen Neuordnung unverlässliche Elemente der Armee oder im Gegenteil prädestiniert, ausgehöhlte Formen mit neuem Geist zu füllen? Zwischen dem Parteipräsidenten und Oberst Oscar Frey sowie andern Parteimitgliedern entbrannte in der Folge ein heftiger Briefwechsel¹¹³, der sich auch mit der formellen Aussprache befasste, die Oberst Bircher als Präsident der «Schweizerischen Offiziersgesellschaft» mit einigen frontistischen Offizieren am 9. April abgehalten hatte. In einem «Offenen

¹⁰⁸ Wolf 428.

¹⁰⁹ SI 12.7.1933. AZ 15.7.1933.

¹¹⁰ SI 8.11.1933.

¹¹¹ Grenzbote 10.2.1934.

¹¹² Protokoll FDP Kanton 31.3.1934.

¹¹³ Protokoll FDP Kanton 31.3.—11.5.1934. Protokoll FDP Stadt 30.4.—9.5.1934.

Brief» schilderte Rudolf Fröhlich im *Grenzbote* den Verlauf dieser Zusammenkunft, um die Öffentlichkeit darüber zu beruhigen, dass es frontistische Offiziere mit ihren militärischen Pflichten und dem Dienstreglement genauso ernst nähmen wie alle übrigen¹¹⁴.

In der Abwehr des Frontismus wandte die *Freisinnig-demokratische Partei* auch andere als programmatische Mittel an, um zur Stärkung der eigenen Reihen beizutragen. Unter dem Präsidium von Hans Käser trat eine spürbare Vergrößerung des Einflusses der mittelständischen und gewerblichen Mitgliederschichten ein. Die alte Juristen- und Industriellenpartei der zwanziger Jahre begann sich langsam zu einer Mittelstandspartei zu entwickeln. Deutlich wurde diese Wandlung, als die Partei für die Nationalratswahlen von 1935 nicht nur den Juristen Otto Schärler als Kandidaten bezeichnete, sondern auf Vorschlag von Dr. Karl Schib auch den tüchtigen Gewerbevertreter Heinrich Sigerist-Schalch mit auf die Liste nahm. Bisher entstammten alle freisinnigen Kandidaten entweder dem Juristenstand, trugen den Dokortitel oder konnten sich über eine militärische Karriere ausweisen. Die Kandidatur Sigerist-Schalch brach mit dieser Tradition. Die Wahl vom 27. Oktober zeigte, dass sich die Partei mit dem Einbezug des gewerblichen Mittelstandes eine sichere Wählerbasis geschaffen hatte: Sigerist-Schalch erhielt 3264 Stimmen und war gewählt, Otto Schärler musste sich mit 2889 Stimmen begnügen¹¹⁵. Die beiden Freisinnigen erreichten 24,5 Prozent aller Stimmen und stellten damit neben den eben vereinigten Sozialdemokraten (41,6 Prozent) das grösste Wählerkontingent (S. 182). Das Nachsehen hatte die *Bauernpartei*, deren Sekretär Paul Schmid-Amman nach einigen Monaten Amtszeit den Nationalrat wieder verlassen musste. Bedeutungsvoll war, dass der Mittelstand bei dieser Wahl nicht den Kandidaten der *Nationalen Front*, Dr. Conrad Tanner, unterstützte, sondern die freisinnige Liste. Heinrich Sigerist-Schalch hatte von 1918 bis 1920 dem Grossen Stadtrat als Liberaler, das heisst als Anhänger der späteren *Evangelischen Volkspartei* angehört¹¹⁶ und dürfte daher aus kirchlich-protestantischen Kreisen nicht wenige Stimmen auf sich vereinigt haben.

Nach Hans Käasers Ständeratswahl war Sigerists Wahl in den Nationalrat der zweite grosse Erfolg der regenerierten *Freisinnig-demokratischen Partei*. Sie hatte sich durch neue Aktivität, ein

¹¹⁴ *Grenzbote* 9.5.1934.

¹¹⁵ *Amtsblatt* 1935, 907—911.

¹¹⁶ *Echo* 9.10.1918, 14.10.1918.

neues Programm und durch den besseren Einbezug des Mittelstandes aus ihrer Krise erholt und den Ansprüchen der *Nationalen Front* standgehalten.

Bürgerliche Einigung

Von 1935 an blieb den Freisinnigen immer einer der beiden Schaffhauser Nationalratssitze. Als Heinrich Sigerist-Schalch 1947 eine Wiederwahl ablehnte, erzielte der Gewerbevertreter Carl E. Scherrer, der mit Stadtrat Emil Schalch auf der freisinnigen Liste stand, ein sehr gutes Resultat und wurde gewählt¹¹⁷. Trotz der zusätzlichen bürgerlichen Kandidatur von zwei Vertretern der *Katholischen Volkspartei* erlangte die *Freisinnig-demokratische Partei* 29,6 Prozent der Stimmen. Carl E. Scherrer wurde im folgenden Jahr Kantonalpräsident der FDP.

Der «Frontenzauber» war nach 1935/1936 vorüber. Weitaus schwieriger wurde in den folgenden Jahren die Auseinandersetzung mit der geeinigten Linken, der *Sozialistischen Arbeiterpartei* unter Walther Bringolfs Führung. Jedes Mandat, ob National-, Stände-, Regierungs- oder Kantonsrat musste gegen die sich ausdehnende *Sozialistische Arbeiterpartei* verteidigt werden. In dieser Auseinandersetzung übernahm die *Freisinnig-demokratische Partei* die Führung der bürgerlichen Parteien, die sich in jedem Wahlherbst bis 1952 zu einer «Bürgerlichen Einigung» zusammenfanden. Eine Schlüsselfigur wurde der Geschichtsprofessor an der Schaffhauser Kantonsschule, Dr. Karl Schib, freisinniger Parteipräsident zuerst der Stadtsektion, später der Kantonalpartei. Schib sass im Herbst 1940 im bürgerlichen Wahlkomitee, das von der *Sozialistischen Arbeiterpartei* recht unsanft angerempelt wurde, als die Sozialisten einige Sitze im Kantons- und Grossstadtrat einbüssten (S. 313). Während Schibs Präsidialzeit gelangte 1938 für den verstorbenen Regierungsrat Otto Schärner der junge Jurist Dr. Gustav Schoch in die Exekutive¹¹⁸. Als Gustav Schoch bei der Bombardierung Schaffhausens am 1. April 1944 getötet wurde, ordnete die *Freisinnig-demokratische Partei* seinen Bruder Dr. iur. Kurt Schoch in den Regierungsrat ab¹¹⁹. Nach einer kurzen Amtszeit von drei Jahren

¹¹⁷ Amtsblatt 1947, 1190—1193. Das freisinnige Resultat ist um so bedeutsamer, als die Jungliberalen auf der Frontseite der Schaffhauser Nachrichten gegen Emil Schalch Stellung bezogen (SN 21.10.1947, 22.10.1947) und auch der Gewerbeverband Schalch ablehnte (SN 22.10.1947).

¹¹⁸ Amtsblatt 1938, 838.

¹¹⁹ Amtsblatt 1944, 727.

liess sich Kurt Schoch zum Kantonsgerichtspräsidenten wählen und trat aus der Regierung zurück. Die Partei bestimmte Reallehrer Hans Heer aus Thayngen zu seinem Nachfolger, doch das Volk wollte anders: in der Volkswahl vom 23. März 1947 fiel das Mandat an den sozialistischen Kandidaten Theo Wanner¹²⁰. «Lustlos» hatte das Bürgertum den Wahlkampf geführt und so eines ihrer beiden Mandate in der Exekutive eingebüsst. Ausser den zwei Bauernvertretern und einem Freisinnigen nahmen nun zwei Sozialisten Einsitz in den Schaffhauser Regierungsrat. In Dr. Schibs Amtszeit als kantonaler Parteipräsident fiel auch der Rücktritt von Regierungsrat Gottfried Altorfer, der von 1915 bis 1940 der Exekutive angehörte. Sein unbeugsamer Sparwille hatte manche zeitgemässen Forderungen an den Staat im Keime erstickt. Besonders die Sozialisten warfen ihm ausserdem eine einträgliche Aemterkumulation vor:

Herr Altorfer, gestrenger und knorziger Finanzdirektor, Gegner des Kantonsspitalneubaues, Gegner der Wehrmänner-Sonderhilfe, bezieht als Regierungsrat eine Jahresbesoldung von Fr. 8500.—. Dazu bezieht er seit Monaten zuerst als Vizepräsident und dann als Präsident der Kantonalbank den Anteil der Jahresbesoldung von Fr. 6000.—. Als Präsident der Verwaltungskommission der kantonalen Pensionskasse stehen ihm pro Jahr etwa Fr. 2000.— zu. Das sind immerhin ganz nette Auf rundungen einer Besoldung und man versteht, dass sie die Freisinnigen für sich und ihre Leute reservieren wollen¹²¹.

Die finanzpolitischen Leistungen Altorfers, der während zweier Jahrzehnte als «starker Mann» der Schaffhauser Regierung gegolten hatte, wurden in den letzten Amtsjahren durch unerfreuliche private Verhältnisse überschattet, so dass es 1940 allgemein als eine Befreiung empfunden wurde, als sich der Magistrat zwei Jahre vor seiner Pensionierung aus der Exekutive zurückzog. Auf Altorfer folgte der freisinnige Regierungsrat Dr. Walther Brühlmann, dessen Fachkenntnisse in Finanz- und Rechtsfragen die Kandidatur bewirkt hatten¹²². Er war 1927 nach Schaffhausen gekommen und hatte ein Rechts-, Finanz- und Verwaltungsbüro eingerichtet. 1934 gelangte er ins Kantonsgericht, 1939 wählte ihn der Kantonsrat als

¹²⁰ Amtsblatt 1947,422.

¹²¹ *Freisinnige Versorgungspolitik oder Päckliwirtschaft?* [SAP-Flugblatt] Schaffhausen 1940 (Stadtbibliothek WN 116).

¹²² Nachruf in SN 26.2.1971.

Präsident des Obergerichtes. 1940 als Regierungsrat und Finanzdirektor gewählt, musste er zwischen dem spartanischen Regime der Vergangenheit und den Sozialforderungen der Bauern- und Arbeiterschaft einen neuen Weg finden, was ihm trotz Kriegs- und Krisenzeiten leidlich gut gelang. In seinen drei Amtsperioden widmete sich Walther Brühlmann ferner den Vorbereitungen zu einem neuen Steuergesetz, dem Finanzausgleich zugunsten finanzschwacher Gemeinden und schuf das Einführungsgesetz zum schweizerischen Strafgesetzbuch. 1952 zog sich Brühlmann aus der Regierung zurück und hielt sich bis zu seinem Tod politisch im Hintergrund.

Ueberparteiliche Komitees

Seit den dreissiger Jahren beteiligten sich nicht nur Parteien an den Schaffhauser Regierungsratswahlen, sondern auch überparteiliche Komitees. Am 30. Oktober 1938 versuchte ein Komitee, den drei Jahre zuvor als offiziellen freisinnigen Kandidaten vorgeschlagenen Heinrich Bächtold von Stein am Rhein in die Regierung zu bringen, was misslang¹²³. Ein anderes Komitee versuchte am 17. November 1946, die Wahl des umstrittenen Redaktors der *Arbeiter-Zeitung*, Georg Leu, zu verhindern. Gegenkandidat Heinrich Huber, Gewerbesekretär, konnte eine überraschend hohe Stimmenzahl auf sich vereinigen, blieb aber hinter Georg Leu zurück¹²⁴. Die Rheinaubewegung wurde 1952 zwei weiteren Komitees zum Anlass, eine Erneuerung der Schaffhauser Exekutive einzuleiten (S. 326). Nur dadurch, dass die *Schaffhauser Nachrichten* sich stark für einen Komiteekandidaten, Robert Schärner, einsetzten, gelang es in diesem einen Fall, einen nicht parteioffiziellen Kandidaten durchzubringen. Der dissidente Freisinnige Robert Schärner wurde am 19. Oktober 1952 zum Regierungsrat gewählt und söhnte sich kurz danach mit der *Freisinnig-demokratischen Partei* aus.

Diese zum Teil untauglichen politischen Versuche drückten ein Missbehagen gegenüber den erstarrten Parteifronten aus, das sich auch in Neugründungen kleinerer Parteien äusserte. 1935 entstand die *Jungliberale Bewegung* in Schaffhausen (S. 543), 1937 fasste der *Landesring der Unabhängigen* Fuss im städtischen Wahlkreis (S. 535), und 1940 wurden die *Freiwirtschaftler* politisch aktiv, die später unter der Bezeichnung *Liberalsozialistische Partei* auftraten (S. 541). Während sich die Parteien vermehrten, näherten sie

¹²³ Amtsblatt 1938,838.

¹²⁴ Georg Leu 5490 Stimmen, Heinrich Huber 4508 Stimmen (Amtsblatt 1946,1257).

sich in ihrer Programmatik an und standen sich nicht mehr so schroff gegenüber wie in den Krisenjahren. Was erhalten blieb, war der Kampf um Macht, Mehrheiten, Einfluss und einzelne Sitze. Unter diesen Voraussetzungen wurde auch im Kanton Schaffhausen der Proporz für die Kantonsratswahlen spruchreif. Wie die *Sozialistische Arbeiterpartei* hatte die *Freisinnig-demokratische Partei* das Bestreben, sich in der Landschaft den wünschenswerten Einfluss zu verschaffen. Als daher die Initiative Leu betreffend Einführung des proportionalen Wahlverfahrens und Neuordnung der Wahlkreise am 14. Dezember 1952 zur Abstimmung kam, kämpfte die *Freisinnig-demokratische Partei* dafür¹²⁵. Die Freisinnigen hofften wie die Sozialisten, durch Aufhebung der Gemeindewahlkreise und Schaffung von grösseren Wahlregionen mit mehreren Mandaten als Minderheitspartei einige Landsitze zu gewinnen. Es blieb bei der Hoffnung. Die Wahlen vom 4. November 1956 bewiesen, dass sich die Sozialisten besser vorbereitet hatten. Sie gewannen 8 Sitze, während die Freisinnigen auf dem bisherigen Besitzstand verblieben (S. 481).

Neue Impulse (1955—1975)

Unter den Parteipräsidenten Wanner und Stamm

Als ein knappes Jahrzehnt nach dem Weltkrieg die Bürgerblockpolitik durch ein differenzierteres Verhältnis der Parteien untereinander abgelöst wurde, trat mit Dr. Hermann Wanner eine neue, initiative Persönlichkeit an die Spitze der kantonalen *Freisinnig-demokratischen Partei*. Der 1914 geborene Hallauer, der in Zürich und Berlin klassische Philologie und Geschichte studiert hatte, war 1942 als Lehrer an die Kantonsschule Schaffhausen gewählt worden. Zehn Jahre später begann er seine politische Laufbahn mit dem Eintritt in den Kantonsrat. An der Versammlung vom 12. April 1955 wählte die freisinnige Kantonalpartei den eloquenten Volksvertreter zu ihrem Präsidenten¹²⁶. Der «Sohn der Landschaft» war in seiner Eigenschaft als Kantonsschullehrer und ab 1958 als Rektor fest mit der Einwohnerschaft der Stadt verbunden und vorzüglich geeignet, Stadt und Landschaft in politischer Beziehung enger zu verknüpfen. Als ehemaliger Scaphusianer und Präsident der «Neuen Helvetischen Gesellschaft Schaffhausen»

¹²⁵ SN 12.12.1952.

¹²⁶ SN 15.4.1955.

stand Hermann Wanner in enger Beziehung zu massgebenden Persönlichkeiten aus allen Kreisen, ohne dass er einzelnen Gruppen, dem Gewerbestand oder der Industrie gegenüber besonders verpflichtet gewesen wäre. Zudem hatte Hermann Wanner durch Studium, Schultätigkeit, in der militärischen Laufbahn, die ihn schliesslich bis zum Grad eines Obersten führte, und durch historische Publikationen lokalgeschichtlichen Inhalts eine breite Kenntnis politischer Sachverhalte erworben. Mit dem Wissen um die traditionellen Kräfte, die die Schaffhauser Politik beherrschen, konnte er sich eine unabhängige, vom eigenen Willen geprägte Stellung verschaffen.

Bis zum Jahr 1960 hatte sich der Einfluss der freisinnigen Partei und ihres Präsidenten in der Landschaft so verstärkt, dass ein Coup grösseren Ausmasses versucht werden konnte. Als Theo Wanner (SP) seinen Rücktritt aus der Regierung nahm und die Sozialisten als seinen Nachfolgekandidaten den Reallehrer Erwin Hofer vorschlugen, wagte die *Freisinnig-demokratische Partei* mit der Kandidatur Hermann Wanner eine Kampfwahl. Da der zurücktretende Theo Wanner die Erziehungsdirektion verliess, hatte Rektor Hermann Wanner eine mindestens ebenso günstige Ausgangsposition wie sein sozialistischer Gegenspieler. Der unerwartete Wahlausgang ist bekannt: Anlässlich der Gesamterneuerung vom 16. Oktober 1960 wurden sowohl Hermann Wanner wie Erwin Hofer in die Regierung gewählt; auszuscheiden hatte der bisherige Regierungsrat (Georg Leu (SP))¹²⁷.

An die Spitze der Partei trat nun bis 1967 der Thaynger Gemeindepräsident Bernhard Stamm, unter dessen Leitung die Partei von innen her reorganisiert und, was die Landschaft betraf, in massvoller Weise zentralisiert wurde. Vorerst hatte sich die Partei anlässlich der Ersatzwahl in den Ständerat, die durch die Wahl von Dr. iur. Kurt Schoch zum Bundesrichter nötig wurde, gegen einen sozialdemokratischen Kampfkandidaten zu wehren. Die Wahl vom 5. März 1961 brachten dem erfolgreichen freisinnigen Kandidaten, Redaktor Kurt Bächtold, 6914 Stimmen, auf Werner Zaugg (SP) entfielen 5825 Stimmen¹²⁸. Einmal mehr trug damit ein Redaktor den Sieg davon, der durch sein Metier gezwungen ist, sich laufend mit politischen Sachfragen auseinanderzusetzen und zuhanden eines Leserpublikums, das weitgehend identisch ist mit der Wählerschaft, Stellung zu beziehen.

¹²⁷ Amtsblatt 1960,958. Vgl. S. 486.

¹²⁸ Amtsblatt 1961,252.

Ein bedeutsamer Schritt zur Belebung der freisinnigen Partei war 1963 die Gründung einer Frauengruppe, die sich — wohl nicht zuletzt in der Hoffnung auf eine bald bevorstehende Ausweitung des Stimm- und Wahlrechtes auf die Frauen — der Kantonalpartei vorerst lose angliederte¹²⁹. Die Delegiertenversammlung vom 7. April 1964 genehmigte die neuen Parteistatuten, welche die Delegiertenversammlungen aufhoben und die Mitgliedschaft der Frauen ermöglichten¹³⁰. Damit wurde die Reorganisation in kantonalem Rahmen abgeschlossen. Zwei Jahre darauf, am 17. März 1966, wurden auch die Statuten der städtischen Partei den veränderten Verhältnissen angepasst¹³¹.

Erfolgreiches Wahljahr 1968

Das Wahljahr 1968 wurde für die *Freisinnig-demokratische Partei*, deren Präsidium im Frühjahr 1967 von Bernhard Stamm auf Redaktor Erwin Waldvogel übergegangen war, zu einer besonders wichtigen Etappe, indem es gelang, für Walther Bringolf (SP), der seit 1933 Stadtpräsident von Schaffhausen gewesen war, einen freisinnigen Nachfolger zu bestimmen: Am 3. November 1968 wurde der bisherige Vizepräsident des Stadtrates, Dr. iur. Felix Schwank, zum Schaffhauser Stadtpräsidenten gewählt¹³². Trotz eines Querschusses, den der *Schaffhauser Bock* abgefeuert hatte, indem er ohne Rückfrage bei den Genannten Dr. Kurt Bächtold (FDP), Dr. Ernst Steiner (BGB) und Dr. Kurt Reiniger (SP) als zusätzliche Kandidaten vorschlug¹³³, verlief die Stadtpräsidentenwahl von 1968 ungleichviel ruhiger als jene von 1932, weil die *Sozialdemokratische Partei* auf eine eigene Kandidatur verzichtete. Drei Wochen darauf gelang es den Freisinnigen, für den freiwillig aus dem Leben geschiedenen Stadtrat Fritz Gasser (JBS/FDP) Reallehrer Martin Keller (FDP) in die städtische Exekutive abzuordnen¹³⁴. Martin Keller hatte sich vor allem eingesetzt für den genossenschaftlichen Bau des Schwimmbades und der Kunsteisbahn auf der Breite. Die kombinierte Freizeitanlage hatte sich durch die immer stärkere Verschmutzung des Rheinwassers und den Wegfall der Natureisbahn «Spitzwiese» aufgedrängt, die dem neuen Güterbahnhof wei-

¹²⁹ SN 7.4.1973, 17.

¹³⁰ SN 11.4.1964.

¹³¹ SN 21.3.1966.

¹³² Jahresbericht FDP Kanton 1968/69, 7.

¹³³ Bock 1.11.1968.

¹³⁴ SN 25.11.1968.

chen musste. Im gleichen Wahlherbst gelang es den Freisinnigen auch in Neuhausen, das sozialdemokratische Gemeindeoberhaupt durch einen Vertreter aus den eigenen Reihen zu ersetzen. Auch hier spielte sich die Ersatzwahl für den zurücktretenden Ernst Illi (SP) in einer ausgeglicheneren Atmosphäre ab als die Präsidentenwahl von 1948. Zu Illis Nachfolger wählten die Neuhauser am 6. Oktober 1968 Edmund Meyer (FDP)¹³⁵. Eine ähnliche Ablösung erfolgte in Beringen, wo Gemeindepräsident Ernst Bollinger (BGB) von Richard Hauser (DP) ersetzt wurde. Mit Arnold Bächtold in Stein am Rhein und Bernhard Stamm in Thayngen stellte die *Freisinnig-demokratische Partei* somit in fünf Gemeinden, wovon zwei Städten, das Oberhaupt.

Strukturreform

Dennoch konnte die Partei nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen. Das Meinungsforschungsinstitut Pierre-André Gygi (Biel), von der *Freisinnig-demokratischen Partei* beauftragt, die *«gewogene» Meinung der Oeffentlichkeit über diesen oder jenen Kandidaten zu ermitteln*, belieferte die Auftraggeberin mit einem *ziemlich genauen Stimmungsbild der Schaffhauser Oeffentlichkeit im Herbst 1968, das auch herausarbeitete, wo die Herde des Malaises und der Zweifel, die in dieser Oeffentlichkeit seit Monaten und Jahren umgehen, hocken*¹³⁶. Offensichtlich war der Schlussbericht des Meinungsforschungsinstitutes nicht gerade sehr schmeichelhaft für die Partei, jedenfalls wurden die Resultate weder der Oeffentlichkeit noch der Parteimitgliedschaft bekanntgegeben. Die Parteileitung unter Redaktor Erwin Waldvogel war indessen bereit, die notwendigen Konsequenzen aus den Schlussfolgerungen zu ziehen. Drei Arbeitsgruppen wurden gebildet, die den Auftrag hatten, die ideellen Grundlagen der Partei zu prüfen, Anregungen für die praktische Politik im Kanton Schaffhausen zu erarbeiten und die organisatorische Struktur der Kantonalpartei kritisch zu durchleuchten. Das Ziel des Parteivorstandes war es, durch diese Teamarbeiten die geistige Potenz der Mitgliedschaft für die Oeffentlichkeit zu aktivieren¹³⁷. Ein Resultat dieser Bemühungen waren die Ergänzungen der Kantonalstatuten vom 18. August 1971, welche die Frauengruppen besser integrierten und die Voraussetzungen zu einem

¹³⁵ Jahresbericht FDP Kanton 1968/69,8.

¹³⁶ Jahresbericht FDP Kanton 1968/69,11. Vgl. SN 4.12.1971,19.

¹³⁷ SN 26.6.1971,17.

vollamtlichen Parteisekretariat schufen. 1972 nahm Walter Joos als erster vollamtlicher Sekretär einer Schaffhauser Partei seine Tätigkeit auf. Der Jahresbericht hielt dazu fest:

Mit der Errichtung eines vollamtlichen Sekretariats will die Partei die Effizienz ihrer Oeffentlichkeitsarbeit verstärken, die Mitgliedschaft auf breiter Basis aktivieren und durch verstärkte und gezielte Information dem Stimmbürger die politischen Zusammenhänge näherbringen und die Meinungs- und Willensbildung erleichtern. Die zu diesem Zweck erforderlichen finanziellen Mittel sind von den einer freien Wirtschaftsordnung verpflichteten Berufs- und Wirtschaftsgruppen in verdankenswerter Weise zur Verfügung gestellt worden¹³⁸.

Einer besseren Integration der jungen Kräfte der Partei dienten parteioffizielle Ausspracheabende, die vor dem Wahlherbst 1968 angelaufen waren, nachher aber wieder einschiefen und so den Eindruck erweckten, als seien sie nur Mittel zum Zweck der Anwerbung gewesen. Die Redaktionsmitglieder Werner Künzle und Christian Schwarz sowie Heini Stamm luden daher im Frühjahr 1969 aus eigener Initiative zu weiteren Diskussionsabenden ein. Als Christian Schwarz, der 1969 mit Walter Joos in den Kantonalvorstand gewählt worden war, seinen Austritt wegen Wegzugs erklärte, verlangte im Mai 1970 eine als «Junge Freisinnige» benannte Gruppierung um Heini Stamm, Peter Meili und Paul Werner energisch, dass sie einen Vertreter eigener Wahl in den freisinnigen Parteivorstand delegieren könne¹³⁹. Trotz dem Engagement gelang es dieser Gruppe nicht, eine selbständige Linie durchzuhalten, indem sie rasch im Rahmen der Gesamtpartei aufging.

Wechsel in Regierungs- und Nationalrat

Für die *Freisinnig-demokratische Partei* schien vorerst der Rücktritt von Bundesrat Hans Schaffner bedeutsam zu werden, weil man in Schaffhausen hoffte, bei günstiger Konstellation mit Hermann Wanner den ersten Schaffhauser Bundesrat stellen zu können. Ein Empfehlungsbrief zuhanden der radikaldemokratischen Fraktion der Bundesversammlung wurde schliesslich zu den Akten gelegt, weil sich die Wahlsituation für Schaffhausen rasch verschlechterte und Hermann Wanner auf eine allfällige Kandidatur verzichten woll-

¹³⁸ SN 18.7.1972,9

¹³⁹ Zirkular vom 19.5.1970 (beim Verfasser).

¹⁴⁰ Jahresbericht FDP Kanton 1969/70,4.

te¹⁴⁰. Bei diesen Vorgesprächen wurde bekannt, dass Dr. Hermann Wanner dem Kanton Schaffhausen und der freisinnigen Partei so oder so verlorengelasse. Der Bundesrat berief ihn am 8. Dezember 1969 zum Direktor der neugeschaffenen schweizerischen Zentralstelle für Gesamtverteidigung. Damit hatte sich die Partei mit seiner Nachfolge als Regierungsrat und Nationalrat zu befassen. Nachdem René Frey auf eine allfällige Kandidatur als Nationalrat verzichtet hatte, schlug ein Wahlausschuss dem Parteivorstand als Regierungsratskandidat Bernhard Stamm, Gemeindepräsident in Thayngen, als Nationalratskandidat Erwin Waldvogel vor¹⁴¹. Der Parteitag vom 20. Januar 1970 schloss sich beiden Vorschlägen praktisch einstimmig an, nachdem auch Fritz Naegeli (Thayngen) erklärt hatte, nicht gegen einen parteioffiziellen Regierungsratskandidaten antreten zu wollen. Die 15 Wahlmänner, die 1968 die kumulierte Nationalratsliste für Hermann Wanner eingereicht hatten, handelten nach dem Willen des Parteitages, worauf der Regierungsrat am 29. Januar 1970 Erwin Waldvogel als Nationalrat gewählt erklärte¹⁴². Unbestritten wurde am 22. Februar 1970 Bernhard Stamm durch Volkswahl in die Schaffhauser Regierung gewählt, wo er von Hermann Wanner die Erziehungs-, Gewerbe- und Militärdirektion übernahm¹⁴³. Regierungs- und Nationalrat Dr. Hermann Wanner wurde am 12. Juni 1970 offiziell von der *Freisinnig-demokratischen Partei* verabschiedet. Sie und die kantonale Exekutive verlor mit dem verdienten Magistraten eine starke Persönlichkeit, welche die Zügel der Politik fest in der Hand gehalten hatte. Zwar war es Hermann Wanner nicht vergönnt gewesen, die Totalrevision des Schulgesetzes durchzuführen, die er früher in einer Motion selber angeregt hatte. Der unentschiedenen Möglichkeiten zufolge überliess er diese vielschichtige Aufgabe seinem Nachfolger und begnügte sich während seiner Amtszeit mit einer Teilrevision, die im Dezember 1969 vom Volk angenommen wurde.

Eine weitere personelle Veränderung im Regierungsrat zeichnete sich anlässlich der Ersatzwahl für den 1971 verstorbenen Kantonalbankpräsidenten Dr. Carl Oechslin ab. Als Regierungsrat Robert Schärrier (FDP) seine Bereitschaft zur Uebernahme dieses Amtes und zum Rücktritt aus der Exekutive bekundete, liess sich die Mehrheit der Kantonsräte vernehmen, die Wahl des Bankratspräsidenten könne ohne Rücktritt vorgenommen werden und handelte entspre-

¹⁴¹ Jahresbericht FDP Kanton 1969/70,6.

¹⁴² Amtsblatt 1970,137—138.

¹⁴³ Amtsblatt 1970,185.

chend¹⁴⁴. Ein frühzeitiger Rücktritt des Finanzdirektors war nicht erwünscht, wohl weil alle Parteien auf eine neue Ausmarchung des Besitzstandes anlässlich der Gesamterneuerungswahlen im Herbst 1972 hofften.

Die freisinnige Partei hatte somit Zeit, einen geeigneten Nachfolger für Robert Schärrier ausfindig zu machen. Der Parteivorstand schlug der Parteiversammlung vom 15. Juni 1972 den jungen Neuhäuser Kantonsrat Dr. Kurt Amsler als Nachfolger von Robert Schärrier vor, und die Versammlung schloss sich dem Vorschlag an. Mit einer beachtlichen Stimmenzahl wurde Dr. Kurt Amsler am 24. September 1972 in den Regierungsrat gewählt¹⁴⁵. Auf Jahresbeginn 1973 trat er sein Amt als Finanzdirektor an und übernahm damit die nicht leichte Aufgabe, die ständig anwachsenden Staatsausgaben mit den Steuereinnahmen in Einklang zu bringen. Schon Robert Schärrier hatte kurz nach seinem Amtsantritt im Jahr 1952 den Finanzplan eingeführt, doch hatten sich Regierung, Verwaltung und Parlament nicht streng daran gehalten¹⁴⁶. Während Dr. Amsler 1973 immerhin auf ein frisch revidiertes Steuergesetz aufbauen konnte, musste Robert Schärrier nach 1952 einen entsprechenden Entwurf seines Vorgängers Dr. Brühlmann erst fertigstellen und vom Volk 1956 genehmigen lassen. Im Zeitalter der wirtschaftlichen Expansion und der Hochkonjunktur wuchsen im folgenden Jahrzehnt die Infrastrukturaufgaben des Staates und die Besoldungen immer mehr an, ohne dass die entsprechenden Mehrausgaben durch die Mehreingänge an Steuern gedeckt werden konnten. Wenn sich 1972/73 beim Wechsel in der Finanzdirektion die finanzielle Situation des Kantons alles andere als rosig darbot, so war das eine typische Erscheinung einer Zeit, in der die Staatseinwohner ihre individuellen Bedürfnisse immer besser zu decken vermochten und dem Staat trotzdem dauernd neue Aufgaben übertrugen, ohne die finanziellen Auswirkungen völlig zu überblicken.

Die *Freisinnig-demokratische Partei* steht beim Anbruch des letzten Viertels unseres Jahrhunderts mit neuen Kräften, neuen Exponenten und einer verbesserten Parteistruktur im öffentlichen Leben. Sie ist bereit und gewillt, weiterhin ihre Verantwortung am Staat zu tragen, den sie wesentlich geprägt und ausgestaltet hat. Nicht überall wird ihre Stellung als typische Establishment-Partei gleich stark geschätzt, und es wird auch in Zukunft schwerhalten,

¹⁴⁴ Amtsblatt 1971,2134—2141.

¹⁴⁵ Amtsblatt 1972,1474.

¹⁴⁶ Würdigung von Schärriers Amtstätigkeit in SN 29.12.1972,19.

immer genügend Vertreter der jungen Generation für ihre Parteipolitik zu interessieren. Ihre starke Stellung und ihr natürliches Verhältnis zur Wirtschaft und Industrie, die ihr den nötigen Rückhalt geben, sind gleichzeitig Stärke und Schwäche der Partei. Unbestritten ist sie weiterhin Anziehungspunkt für Freisinnige und Liberale aller Schattierungen, die sich dem Staat zur Verfügung stellen wollen und sich dem Gesetz der grossen Zahl gemäss ihr anschliessen müssen.

Die Demokraten im Reiat und im Klettgau (1928—1975)

Demokratische Partei Thayngen/Reiat

Die demokratischen Parteien, die sich seit Einführung des proportionalen Wahlverfahrens in den Wahlkreisen Reiat und Klettgau etabliert haben, stehen in engem Zusammenhang mit der *Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Schaffhausen*. Die beiden Regionalparteien haben indes eine eigene Entwicklung durchgemacht.

Der Ursprung der Reiat-Demokraten liegt in der *Demokratischen Partei Thayngen*, die sich im Juni 1928 konstituierte und an den Kantonsratswahlen vom 4. September mit Reallehrer Hans Heer erfolglos teilnahm¹⁴⁷. Hans Heer war damals Mitglied der *Freisinnig-demokratischen Partei der Stadt Schaffhausen*¹⁴⁸ und beabsichtigte, mit seiner Wählergruppe die Basis der Kantonalpartei auch auf die Industriegemeinde Thayngen auszudehnen. Die Parteienbenennung der Thaynger Demokraten deutet darauf hin, dass die Bezeichnung «freisinnig» nicht überall beliebt war. Da sich die Thaynger Gruppe als linker Flügel des Schaffhauser Freisinns verstand, klappte vorerst auch der Anschluss an die Kantonalpartei nicht¹⁴⁹, obwohl Hans Heer am 1. Dezember 1929 als Nachfolger des Sozialdemokraten Altherr in den Kantonsrat gewählt worden war. Es macht den Anschein, als ob die freisinnig-demokratische Mittelstellung Heers nicht überall Anklang gefunden habe, denn die Thaynger Stimmbürger gaben 1936 dem Sozialdemokraten Arnold Bächtold den Vorzug. Am 22. Mai 1933 beschloss die gewerblich-mittelständische *Demokratische Partei Thayngen* den Anschluss an die

¹⁴⁷ Protokoll FDP Kanton 23.6.1928, SI 5.11.1928, SB 5.11.1928.

¹⁴⁸ Mitgliederverzeichnis pro 31.12.1928 (Stadtbibliothek, FDP-Archiv).

¹⁴⁹ Protokoll FDP Kanton 26.1.1930. Offenbar trat Heer aus der FDP aus, sein Name fehlt bezeichnenderweise im Mitgliederverzeichnis der FDP Stadt vom 1.2.1934 (Stadtbibliothek, FDP-Archiv).

Freisinnig-demokratische Kantonalpartei und gab bei diesem Anlass bekannt, dass sie seit jeher deren Statuten anerkannt habe¹⁵⁰. Von 1941 bis 1943 gehörte Hans Heer wieder dem Kantonsrat an. Auch Jean Bolli, 1944 von der *Demokratischen Partei Thayngen* portiert und am 5. November gewählt, wurde in den Kantonsratsakten als Freisinniger aufgeführt¹⁵¹. Der Demokrat Hans Heer kandidierte bei den Regierungsratswahlen vom 23. März 1947 als Vertreter der *Freisinnig-demokratischen Partei*, erhielt aber weder die Unterstützung der Bauern noch der *Evangelischen Volkspartei* und blieb gegenüber dem Sozialdemokraten Theo Wanner zurück¹⁵².

In den ersten Proporz-Kantonsratswahlen vom 4. November 1956 reichte die *Demokratische Partei Thayngen* eine gemeinsame Liste mit der Bürgerpartei für den Wahlkreis Reiat ein¹⁵³, konnte aber trotz dieser Listenverbindung nur das Mandat von Jean Bolli sichern. Nach Bollis Rücktritt im März 1957 rückte — nun erstmals ohne Volkswahl — Fritz Naegeli als erster Ersatzmann auf der gemeinsamen Liste nach und wurde mit Regierungsratsbeschluss vom 19. März 1957 als gewählt erklärt¹⁵⁴. Die Reiat-Demokraten konnten in den folgenden Jahren ihre Position bei jeder Erneuerungswahl leicht ausbauen: 1960 wurde ausser Fritz Naegeli auch Gemeindepräsident Bernhard Stamm (Thayngen) in den Kantonsrat gewählt¹⁵⁵, 1964 trat Max Seiler (Merishausen) hinzu¹⁵⁶. Das neue Wahlkreissystem bewirkte im Lauf der Jahre, dass sich aus der Gruppe der Reiat-Demokraten eine Kreispartei bildete, die in den Wahlen vom Herbst 1968 offiziell als *Demokratische Partei des Bezirks Reiat* auftrat¹⁵⁷. Der Vergleich des äusserlich gleichen Propagandamaterials von *Freisinnig-demokratischer Partei* und *Demokratischer Partei Thayngen/Reiat* zeigt, dass in Programm und Geist kein Unterschied zwischen diesen Gruppen besteht, die sich nur durch die Parteibezeichnung voneinander abheben¹⁵⁸. Immerhin be-

¹⁵⁰ SI 24.5.1933.

¹⁵¹ RRA 1936—1952 K 5/9/1/2.

¹⁵² SN 24.3.1947. Amtsblatt 1947,422. Die BP hatte sich zwar mit 45 : 31 Stimmen knapp für die offizielle Unterstützung Heers ausgesprochen, liess aber die Berechtigung des Anspruches der SP auf einen zweiten Sitz durchblicken (SB 16.3.1947). Die EVP hatte Stimmenthaltung beschlossen (21.3.1947).

¹⁵³ Amtsblatt 1956,1327—1328.

¹⁵⁴ Amtsblatt 1957,362.

¹⁵⁵ Amtsblatt 1960,1026.

¹⁵⁶ Amtsblatt 1964,1137.

¹⁵⁷ Amtsblatt 1968,1393.

¹⁵⁸ Vgl. die Wahlbroschüren von FDP und DP anlässlich der Kantonsratswahlen 1956, 1960, 1964, 1968, 1972 (Stadtbibliothek WN 116).

halten sich die Reiat-Demokraten vor, in gewissen Fragen selbständig vorzugehen¹⁵⁹.

Demokratische Parteien im Klettgau

Nicht ganz so eng waren anfänglich die Beziehungen der *Freisinnig-demokratischen Kantonalpartei* zu den Demokraten im Klettgau, die eine andere Entwicklung erlebten. Deren ältestes Mitglied, Lehrer Arnold Surbeck, liess sich am 4. November 1928 namens einer *Fortschrittlichen Volkspartei* in Beringen als Kantonsrat wählen und gehörte dem Parlament bis 1964 an. Die *Fortschrittliche Volkspartei* hielt sich links der *Bauernpartei* und sammelte in Beringen Stimmen aus Angestellten- und Arbeiterkreisen¹⁶⁰. Arnold Surbeck blieb ihr einziger Vertreter im Kantonsrat, doch assistierte ihn zeitweise Georg Meister im Beringer Gemeinderat¹⁶¹. Beim Zusammenschluss der Linksparteien nahm ein Vertreter der *Fortschrittlichen Volkspartei* am Vereinigungsparteitag vom 7. Juli 1935 im «Landhaus» teil, auch wurde damals der Wunsch laut, man möge sich zusammenschliessen¹⁶². Dazu kam es nicht. Surbeck galt nach 1944 im Parlament als parteilos, ebenso der vier Jahre später neugewählte Kantonsrat Eduard Schelling (Neunkirch)¹⁶³. Die Parteilosen der Stadt, Otto Lang und Dr. Hans Schmid, und die Demokraten des Klettgaus schlossen sich zu einer eigenen Fraktion im Kantonsrat zusammen, die Arnold Surbeck präsiidierte¹⁶⁴. Nach 1952 leitete Eduard Schelling eine evangelisch-demokratische Fraktion, welche die Mitglieder der *Evangelischen Volkspartei*, die Klettgau-Demokraten und Parteilose umfasste¹⁶⁵.

Die Annäherung der Klettgau-Demokraten an linksbürgerliche Kreise fand ihre Fortsetzung, als anlässlich der Proporzahlen vom Herbst 1956 ein Zusammenschluss der nichtsozialistischen und nichtbäuerlichen Kandidaten im neuen Wahlkreis Klettgau nötig

¹⁵⁹ Interview mit FDP-Kantonalpräsident Erwin Waldvogel (SN 26.6.1971,17).

¹⁶⁰ AZ 6.11.1928.

¹⁶¹ AZ 1.11.1932.

¹⁶² AZ 8.7.1935. Einen Korrespondenzartikel pro und einen kontra Anschluss veröffentlichte der SB am 7.8.1935 und am 9.8.1935.

¹⁶³ Staatskalender 1949,10. Schelling wurde in der KZ vom 2.12.1948 von der *Demokratischen Partei Neunkirch* vorgeschlagen, als deren Gründer er gilt (SN 24.7.1975,13).

¹⁶⁴ Staatskalender 1949,11.

¹⁶⁵ Staatskalender 1953,11.

wurde. Auf einer Liste mit der Bezeichnung «Bürgerlich-demokratische Einigung des Mittelstandes und Gewerbes» wurden der freisinnige Dr. Kurt Schoch (Schleitheim) und die drei Klettgau-Demokraten Surbeck, Schelling und Otto Schönberger, Gemeindepräsident von Neunkirch, in den Kantonsrat gewählt¹⁶⁶. Durch die neue Wahlsituation wurde die Annäherung an die demokratischen Parteien anderer Kantone abgestoppt¹⁶⁷. Im Verlauf der Amtsperiode 1957 bis 1960 ergab sich eine enge Zusammenarbeit zwischen Klettgau-Demokraten und Freisinnigen, die sich zu einer gemeinsamen Fraktion zusammenschlossen¹⁶⁸. In den Wahlen von 1964 trat die Wählerorganisation offiziell als *Demokratische Partei Klettgau* auf und reichte je eine Liste in Beringen, Neunkirch und Schleithem ein¹⁶⁹. Die Kandidaten rekrutierten sich fast ausschliesslich aus dem Angestellten- und Gewerbestand. Die drei Listen lassen die festen Umriss der *Demokratischen Partei Beringen* und *Neunkirch* erkennen sowie der ehemaligen Bürger- und Gewerbspartei Schleithem, die sich in früheren Jahren *Freisinnig-demokratische Partei* genannt hatte. Eine Stärkung erfuhren die Klettgau-Demokraten durch die 1972 erfolgte Gründung der *Demokratischen Partei Löhningen*¹⁷⁰. In Hallau steht eine Gründung bevor¹⁷¹.

Während die Reiat-Demokraten die Verbindung mit der Kantonalpartei durch persönlichen Einzelbeitritt aufrechterhalten, ist die *Demokratische Partei Klettgau* Kollektivmitglied der *Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Schaffhausen*¹⁷². Auch die Demo-

¹⁶⁶ Amtsblatt 1956,1418. Die «Bürgerliche Einigung Klettgau (BEK)», wie sich die Gruppierung in der Presse nannte, setzte sich zusammen aus den *Demokratischen Parteien Beringen* und *Neunkirch* und der *Bürger- und Gewerbspartei Schleithem*, die Mitglied der *Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Schaffhausen* war (Bote 15.9.1956). Die BEK hielt fest, dass sie an keine Kantonalpartei gebunden sei (Bote 20.9.1956).

¹⁶⁷ *Es sind nun fast zwei Jahre her, dass die Fortschrittliche Volkspartei Beringen der Schweizerischen Demokratischen Partei beigetreten ist und heute auch den Namen Demokratische Partei Beringen führt. Den Beitritt zu der grossen Schweizerischen Demokratischen Partei haben wir Beringer Demokraten nicht zu bereuen* (Bote 23.10.1952).

¹⁶⁸ vgl. Bote 27.10.1960.

¹⁶⁹ Amtsblatt 1964,1132—1135.

¹⁷⁰ SN 18.9.1972,17.

¹⁷¹ Mitteilung Fritz Schuler 9.10.1972.

¹⁷² SN 26.6.1971,17. *Die Demokratische Partei Klettgau kennt keine Einzelmitglieder und auch keine ganz genauen Angaben über die Mitgliederzahl der Sektionen. Ungefähr folgende Zahlen dürften zutreffen: Beringen 45, Schleithem 35, Neunkirch 30, Löhningen 15, Hallau 15 (?)* (Mitteilung Fritz Schuler 9.10.1972). Die kantonale FDP rechnet mit 105 Mitgliedern und Sympathisanten im Wahlkreis Klettgau (Mitteilung Walter Joos 22.9.1972).

kraten des Klettgaus treten in Wahlkämpfen mit dem Propagandamaterial der freisinnigen Kantonalpartei auf, übernehmen dieselbe Listennummer und unterscheiden sich in Ziel und Programm nicht von der städtischen freisinnigen Partei.

Im Lauf der Jahre ist die Annäherung der Demokraten im Reiat und Klettgau an die *Freisinnig-demokratische Partei* so weit fortgeschritten, dass sich ihre Wählergruppen eigentlich nur noch durch die Partei- und Listenbezeichnung unterscheiden. Es wird eine Frage der Zeit sein, wann die freisinnige Partei auch in den Landwahlkreisen in ihrem eigenen Namen auftritt, es sei denn, die vorgegebene Vielfalt werde aus taktischen Gründen aufrechterhalten.

Freisinnige Presseorgane und ihre Redaktoren

Schaffhauser Tagblatt

Das *Schaffhauser Tagblatt* stand von 1883 bis 1928 ununterbrochen unter der Redaktion von Dr. Eugen Müller. Er führte seine Zeitung als gediegenes Organ des gehobenen Schaffhauser Stadtbürgertums. Eine radikale und kämpferische Haltung in Sachgeschäften war ihm ebenso fremd wie politisches Draufgängertum bei Wahlen. Ohne die eigene Meinung allzusehr in den Vordergrund zu stellen, schrieb Eugen Müller das Tagblatt in einer Art, wie es die Abonnenten und Leser von ihm erwarteten¹⁷³. Von 1886 bis 1920 vertrat Eugen Müller den Freisinn im Kantonsrat. 1919 portierte ihn die *Freisinnig-demokratische Partei* als Kandidaten für den Nationalrat, musste bei der Wahl allerdings eine Niederlage einstecken (S. 287). Eugen Müllers politische Weltanschauung hatte zwei Komponenten, die vom offiziellen Kurs der freisinnigen Bollispahn-Partei abwichen: seine positiv-protestantische Gläubigkeit und die Ablehnung des Völkerbundes. Obwohl sich die Freisinnigen um die Jahrhundertwende durch ausgesprochenen Antiklerikalismus auszeichneten, war Müller gleichzeitig Präsident der reformierten Kirchgemeinde und Präsident der städtischen freisinnigen Partei. Als sich eine Ortsgruppe des «Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz» in Schaffhausen bildete, nahm Eugen Müller an der Gründung teil und war während Jahren ihr Präsident¹⁷⁴. Die Initi-

¹⁷³ Mitteilung Johannes Müller 28.6.1969.

¹⁷⁴ Nachruf in ST 23.1.1928. Die Akten des «Volksbundes» finden sich im Staatsarchiv (Kultur, Gesellschaften 42).

anten dieser Vereinigung kämpften vor dem 16. Mai 1920 gegen den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund und schlossen sich anschliessend zu einer Vereinigung zusammen, die sich für die Rückkehr zur integralen Neutralität einsetzte¹⁷⁵. Dem Volksbund gehörten zahlreiche höhere Militärpersonen an, die sich teilweise recht germanophil gaben. Auch Eugen Müller war mit Leib und Seele Soldat. Eine Schilderung hält den typischen Augenblick fest, in dem Hauptmann Eugen Müller als Adjutant neben Major Emil Frauenfelder an der Spitze des Schaffhauser Bataillons 61 durch die Stadt reitet¹⁷⁶.

Nach dem Tod von Eugen Müller übernahm Dr. iur. Emil Kühn und Dr. phil. Reinhard Frauenfelder die Redaktion des *Tagblattes*¹⁷⁷. Obwohl die beiden Redaktoren das Blatt im Stil des Vorgängers weiterzuführen bestrebt waren, gelang es nicht, ihm die bisherige Stellung zu erhalten. Unter anderem lag der schwindende Einfluss daran, dass die persönlichen Beziehungen der Redaktoren zur Politik und zur *Freisinnig-demokratischen Partei* nicht mehr sehr eng waren. Dem *Tagblatt* fehlte ein dem Tagesgeschehen verpflichteter Redaktor mit eigenen politischen Ideen und dem nötigen journalistischen Spürsinn. Erst in den dreissiger Jahren stellte Professor Hugo Meyer, der als freisinniger Parteisekretär ständiger Mitarbeiter des *Tagblattes* wurde, ein engagiertes Verhältnis zur Partei her, indem er die freisinnige Politik nachdrücklich gegenüber dem Frontismus vertrat; als Mitarbeiter des *Tagblattes* galten damals auch Carlo Daeschle und Postbürochef Julius Fischer¹⁷⁸.

Auch in diesen letzten Jahren genoss das *Tagblatt* einen besseren Ruf als das oft kämpferische und lärmige Intelligenzblatt¹⁷⁹, das allerdings seiner Funktion als Informations- und Anzeigenträger bedeutend besser nachkam. Mit der ständig sinkenden Abonnentenzahl ging auch das Anzeigengeschäft zurück. Am Ende des Jahres 1937 ging das freisinnige *Tagblatt* nach 97 Jahren des Erscheinens ein. Der letzte Leitartikel spricht den Lesern den Dank für ihre Treue aus und fasst den Entschluss von Redaktion und Verlag mit den Worten zusammen:

¹⁷⁵ Gerhart Waeger, *Die Sündenböcke der Schweiz — die Zweihundert im Urteil der geschichtlichen Dokumente 1940—1946*, Olten 1971, 61—64. Schaffhausen lehnte den Beitritt mit 6559 Nein gegen 4362 Ja ab (Amtsblatt 1920, 699).

¹⁷⁶ Nachruf Emil Frauenfelder in ST 30.3.1929.

¹⁷⁷ ST 1.3.1928. Ab 30.7.1928 wird nur noch Emil Kühn im Impressum aufgeführt.

¹⁷⁸ Mitteilung Ernst Steinemann/Ernst Schellenberg 16.5.1967. Vgl. Wolf 132, 427 Anmerkung 41.

¹⁷⁹ Vgl. Ernst Schellenberg, *Die zweite Verlegergeneration des Intelligenzblattes* (SN 23.12.1961).

Dass ein halbes Dutzend Zeitungen für einen Platz von der Grösse der Stadt Schaffhausen zuviel sind, insbesondere in krisenschwerer Zeit, leuchtet jedem ein. Die Verteilung der einzelnen Blätter auf die verschiedenen Volksschichten wollen wir heute nicht im Detail erörtern, sicher ist nur, dass Zeitungen, die kompakte Gruppen und Parteien hinter sich haben, heute einen leichteren Stand haben als Blätter, die zufolge ihrer freien, liberalen Haltung einen zerstreuten Leserkreis haben¹⁸⁰.

Schaffhauser Intelligenzblatt und Schaffhauser Nachrichten

Eine zentrale Stellung in der Verbreitung des freisinnigen Gedankengutes nahm das *Schaffhauser Intelligenzblatt* ein, das 1940 seinen Titel in *Schaffhauser Nachrichten* umänderte¹⁸¹. Zum einen Teil lag der Erfolg des Blattes im persönlichen Engagement des Verlegers Heinrich Meier zugunsten der *Freisinnig-demokratischen Partei* und einer alle antisozialistischen Parteien umfassenden gesamtbürgerlichen Politik begründet. Zum andern Teil liess eine ausserordentlich kluge und umsichtige Geschäftspolitik das Blatt immer weiter anwachsen, so dass die *Schaffhauser Nachrichten* im letzten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts praktisch ohne Konkurrenz anderer Presseerzeugnisse die ganze Region Schaffhausen mit Nachrichten und Meinungen bedienen können.

Mit dem tüchtigen Geschäftssinn der Unternehmer- und Verlegerdynastie Meier, später Oechslin-Meier, verband sich eine glückliche Hand in der Auswahl der Redaktoren. Auf Dr. phil. Walter Wettstein, Redaktor von 1907 bis 1918, folgte am 1. Februar 1919 Dr. Eduard Gubler, der als Chefredaktor neben Dr. Arnold Meier zeichnete. Ueber Gublers Eintritt in die Schaffhauser Politik, seine Beobachtungen zum Parteiwesen und zur Situation auf der Redaktion des *Intelligenzblattes* wurde bereits berichtet (S. 489). Ernst Schellenberg, der 1925 in die Redaktion eintrat und ab 1. März 1927 als verantwortlicher Redaktor zeichnete¹⁸², schrieb über seinen Chef:

Dr. Gubler war der politische König, der sich nur zu wichtigen öffentlichen Fragen äusserte und sich im übrigen weitgehend den zahlreichen Aemtern widmete, mit denen ihn das Schaff-

¹⁸⁰ ST 31.12.1937. Das Tagblatt hatte aus diesen Gründen bereits fünf Monate zuvor von der täglichen zur dreimaligen Herausgabe pro Woche gewechselt (ST 31.7.1937).

¹⁸¹ Zur Geschichte der Zeitung vgl. die informativen Beiträge von Kurt Bächtold und andern in der Jubiläumsnummer vom 23.12.1961.

¹⁸² SN 23.12.1961. SI 1.3.1927.

*hauser Volk betraute. Als langjähriger Berner und Lausanner Korrespondent angesehener Schweizer Blätter war er aber ein ungemein gewandter Journalist, von dem es viel zu lernen gab*¹⁸³.

Ernst Schellenberg selbst besorgte alles, was Dr. Gubler ihm überliess, und machte sich daneben rasch einen Namen durch die bisher vernachlässigte Ausgestaltung des Feuilletonteils. Nach je sieben Jahren Redaktionsdienst wechselte er zuerst zum Ressort Ausland, dann zum Ressort Inland und konnte somit 1946, als er zum Leiter der Stadtbibliothek gewählt wurde, auf «Dreimal sieben Jahre» redaktionelle Tätigkeit zurückblicken¹⁸⁴. Von der Schaffenskraft Schellenbergs, der sich zeitweise vehement für eine als richtig erkannte Sache einsetzen konnte und daher oft harten Attacken von seiten der *Arbeiter-Zeitung* ausgesetzt war, zeugen seine gesammelten politischen und kulturellen Artikel¹⁸⁵.

Nach dem Wegzug Gublers wurde der Schaffhauser Jurist Dr. Ernst Uhlmann mit der Chefredaktion des *Intelligenzblattes* betraut, die er mit einem Grundsatzartikel am 1. November 1927 antrat¹⁸⁶. Der neue Chefredaktor war damals Adjunkt des Schaffhauser Staatsanwaltes und Sekretär der *Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Schaffhausen*. Ernst Uhlmann steuerte das Blatt zielgerichtet und energisch auf einen klaren Kurs, der die Erneuerung des Schaffhauser Freisinns einleitete. Auf schweizerischer Ebene bemühte sich der Schaffhauser durch die Organisation von «Akademikertagungen», jüngere Kräfte für die Profilierung der freisinnigen Kantonalparteien zu gewinnen (S. 501). Im Gegensatz zu seinem Redaktionsvorgänger war Ernst Uhlmann von Anfang an durch seine Herkunft und seine Aktivzeit in der Studentenverbindung «Scaphusia» eng mit der Schaffhauser Gesellschaft, der Lokalpolitik und den massgebenden Persönlichkeiten vertraut. Um so schwieriger war es dann aber für ihn, sich von seinen Studienkameraden, die sich teilweise in der *Neuen Front* organisierten, abzugrenzen. In der Meinung, die politische Aktivität der *Neuen Front* werde zur Belebung des Freisinns beitragen, begrüsst er vorerst das Auftreten dieser Gruppe an den Akademikertagungen¹⁸⁷. Als sich aber — nach nächtelangen politischen Debatten zwischen Uhlmann und den Schaffhauser Vertretern der *Neuen Front*¹⁸⁸ —

¹⁸³ SN 23.12.1961.

¹⁸⁴ SN 28.9.1946.

¹⁸⁵ Standort: Stadtbibliothek. UO 1146.

¹⁸⁶ SI 1.11.1927.

¹⁸⁷ SI 30.6.1931.

¹⁸⁸ Mitteilung Ernst Uhlmann 15.8.1972.

durch den Kollektivaustritt der Aktivisten aus der *Freisinnig-demokratischen Partei* zeigte, dass die frontistischen Erneuerer das liberale Gedankengut ablehnten, zog der Chefredaktor des *Intelligenzblattes* einen klaren Trennungsstrich und gab sich in der Folge als Gegner der Neuen Front zu erkennen (S. 521).

Unter Ernst Uhlmann wurde das *Schaffhauser Intelligenzblatt* zu einer Schule für angehende Journalisten und Redaktoren. Zahlreiche Volontäre amtierten einige Monate oder ein ganzes Jahr als Hilfsredaktoren und erlernten in Schaffhausen unter kundiger Anleitung das vielfältige Metier. Unter andern wirkten in der Redaktion an der Vordergasse Theo Gut (später *Zürichsee-Zeitung*), Otto Frei (später *Neue Zürcher Zeitung*), Hans Fehr (später *Basler Nachrichten*), Walter Schiesser (später *Neue Zürcher Zeitung*), Silvia Kugler (später *Weltwoche*) und Christian Kind (später *Neue Zürcher Zeitung*). In verbindlicher Form führte Ernst Uhlmann das Redaktionskollegium nach seinen eigenen klaren Grundsätzen, was nicht in allen Fällen zu einer völlig reibungslosen Zusammenarbeit führte¹⁸⁹. Wer als Chefredaktor bestrebt ist, einer Zeitung den Stempel seiner Persönlichkeit aufzudrücken, wird kaum allen andern Meinungen und Ansichten volle Unterstützung leisten wollen. Ernst Uhlmann hatte das Glück, in Arnold Meier einen zurückhaltenden und verständigen Verleger neben sich zu wissen, der ihm den notwendigen Spielraum zur vollen Entfaltung gewährte. Als Uhlmann das Angebot erhielt, an die *Neue Zürcher Zeitung* überzuwechseln, zog er es vor, in der Schaffhauser Redaktion zu bleiben¹⁹⁰.

Nachdem Ernst Schellenberg im September 1946 aus der Redaktion ausgeschieden war, sahen sich die *Schaffhauser Nachrichten* nach einem neuen Inlandredaktor um. Auf eine Ausschreibung meldete sich Dr. Dietrich Barth, der am 1. März 1947 als verantwortlicher Redaktor zu zeichnen begann¹⁹¹. Barth war der Sohn des früheren Schaffhauser Seminardirektors Dr. Albert Barth. Er hatte dissertiert über *Die protestantisch-konservative Partei in Genf in den Jahren 1838—1846*, anschliessend die journalistische Laufbahn eingeschlagen und war vor seinem Eintritt in die *Schaffhauser Nachrichten* zum Chefredaktor der *Luzerner Neusten Nachrichten* aufgestiegen. Besonders in den Reihen der *Freisinnig-demokratischen Partei* war man auf die politische Haltung des neuen Redaktors gespannt. Barth wurde von der Parteileitung zu einem Nacht-

¹⁸⁹ Mitteilung Heinz Bollinger 6.11.1974.

¹⁹⁰ Mitteilung Ernst Uhlmann 15.8.1972.

¹⁹¹ SN 1.3.1947.

essen eingeladen, das ihm den Beitritt hätte erleichtern sollen. Doch es kam weder an diesem Abend noch in den zweieinhalb folgenden Jahren seiner Schaffhauser Wirksamkeit dazu: Dietrich Barth blieb seiner liberal-konservativen Gesinnung treu und wurde nie Mitglied der *Freisinnig-demokratischen Partei*¹⁹². Auch auf andern Gebieten gelang es Barth nicht völlig, sich zu integrieren. Einmal zog er sich den Zorn des Schaffhauser Gewerbes auf sich, als er die Vorteile der Migros lobte, ein anderes Mal beschwor er mit dem Abdruck eines Wahlinserates gegen Walther Bringolf einen Presseprozess herauf¹⁹³. Obwohl sich Dietrich Barth als guter Lehrer der Volontäre und als Kenner der organisatorischen und finanziellen Strukturen des Verlages erwies, konnte er bei den *Schaffhauser Nachrichten* keine festen Wurzeln schlagen und verliess die Redaktion Ende 1950¹⁹⁴.

Noch während der Anwesenheit von Dr. Dietrich Barth war zu Beginn des Jahres 1948 die Redaktion um Dr. Kurt Bächtold erweitert worden¹⁹⁵. Als profunder Kenner der Schaffhauser Geschichte¹⁹⁶ übernahm Kurt Bächtold vorerst die Ausgestaltung des Lokalteils, der in den Nachkriegsjahren und 1951 durch die 450-Jahr-Feier besondere Bedeutung erhielt. Von Barth übernahm Bächtold das Ressort Inland¹⁹⁷ und wechselte 1954 ins Ressort Ausland über.

Die enge Zusammenarbeit zwischen den *Schaffhauser Nachrichten* und der *Freisinnig-demokratischen Partei* erfuhr zu Beginn der fünfziger Jahre eine Erschütterung. Bisher hatten die scharfen politischen Auseinandersetzungen mit der Linken ein Zusammengehen notwendig gemacht. Der Parteienpluralismus der Nachkriegszeit und die «Verbürgerlichung» der *Sozialistischen Arbeiterpartei* bewirkten eine Lockerung, die anlässlich der Regierungsratswahlen von 1952 erstmals deutlich sichtbar wurde. Die Redaktion der *Schaffhauser Nachrichten* setzte sich damals souverän über den Parteitagsbeschluss hinweg und unterstützte mit der Zeitung den dissident-freisinnigen Regierungsratskandidaten Robert Schärker statt den parteioffiziellen Kandidaten Hans Moser (S. 328).

¹⁹² Mitteilung Karl Schib 14.3.1973.

¹⁹³ Mitteilung Heinz Bollinger 6.11.1974.

¹⁹⁴ SN 2.1.1951.

¹⁹⁵ SN 3.1.1948.

¹⁹⁶ Kurt Bächtold schrieb eine Dissertation *Beiträge zur Verwaltung des Stadtstaates Schaffhausen von der Reformation bis zur Revolution*, [Teildruck] Schaffhausen 1947; ungedruckter Teil in Staatsarchiv HZA 68.

¹⁹⁷ SN 2.1.1951.

Ein grosse Zäsur ergab sich, als Chefredaktor Dr. Ernst Uhlmann Ende 1953 seinen Abschied nahm, um als Oberstdivisionär eine neue Aufgabe anzutreten. Seine Nachfolge trat Dr. Carl Oechslin an, der seit Mitte der vierziger Jahre als Juniorchef im Verlag mitwirkte¹⁹⁸. Auch als Chefredaktor blieb Carl Oechslin hauptsächlich Verleger und befehligte sich in den Spalten seiner Zeitung grösster Zurückhaltung. Grossen Einfluss auf die Redaktoren übte er dagegen in der täglichen Redaktionskonferenz aus, die ihm weniger dazu diente, Direktiven zu erteilen, als vielmehr seine eigene Ueberzeugung auf alle Teilnehmer durch Gespräche zu übertragen¹⁹⁹. Dem Aufbau von Verlag und Zeitung war er voll und ganz verpflichtet. Carl Oechslin erkannte die Bedeutung des Lokalteils, der keine Konkurrenz von Radio und Fernsehen zu fürchten brauchte, und hatte das Bestreben, mit seiner Zeitung alle Winkel des Kantons Schaffhausen zu erreichen. Namhafte Investitionen zur finanziellen und technischen Verbesserung der *Schaffhauser Nachrichten* scheute er ebenso wenig wie einen grosszügigen Ausbau des Redaktionsstabes, der sich auch durch die Zunahme des Nachrichtenstoffes aufdrängte. Bewährte Mitarbeiter wurden in rascher Folge als verantwortlich zeichnende Redaktoren aufgenommen: Erwin Waldvogel erscheint zu Beginn des Jahres 1952 im Impressum²⁰⁰, Heinz Dutli 1954²⁰¹ und Dr. Heinz Bollinger 1956²⁰². Die Mitglieder der verjüngten Redaktion teilten sich unter der geistigen Führung von Dr. Carl Oechslin freundschaftlich in die anfallenden Aufgaben, ohne eine allzu strenge Ressortteilung vorzunehmen.

Von 1963 bis 1968 ergänzte Oskar Frey das Redaktionsteam der *Schaffhauser Nachrichten*²⁰³. Bevor er sich an der Vordergasse als angriffiger und zeitweise kompromissloser Zeitungsschreiber engagierte, hatte er an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin die Fächer Geschichte und Staatswissenschaften studiert und sich beim *Schweizerischen Beobachter* und beim *Thurgauer Volksfreund* journalistisch betätigt. Er verliess 1968 die Redaktion, um die Generalagentur der Zürich-Versicherungsgesellschaft zu übernehmen. Im gleichen Jahr trat auch Dr. Kurt Bächtold aus der Redaktion aus, um Ernst Schellenberg als Leiter der Schaffhauser Stadtbibliothek abzulösen²⁰⁴.

¹⁹⁸ SN 6.1.1954.

¹⁹⁹ Mitteilung Heinz Bollinger 6.11.1974.

²⁰⁰ SN 1.2.1952.

²⁰¹ SN 6.1.1954.

²⁰² SN 3.1.1956.

²⁰³ SN 7.1.1963, 1.6.1968.

²⁰⁴ SN 28.10.1968.

Die Anstrengungen von Dr. Carl Oechslin als Verleger und Redaktionsleiter hatten den erhofften Erfolg. Von 1937 bis 1975 stieg die Auflageziffer der *Schaffhauser Nachrichten* von 8700 auf 21 387 Exemplare²⁰⁵. Das grösste Schaffhauser Zeitungsunternehmen wurde 1957 in einer Kommanditgesellschaft rechtlich neu begründet²⁰⁶, was die Expansion weiter förderte. Mit Beginn des Jahres 1970 nahm Carl Oechslin seinen geistigen Schüler und Freund Dr. Max U. Rapold zu sich in die Chefredaktion auf²⁰⁷. Die Bekanntschaft der beiden geistesverwandten Persönlichkeiten ging auf eine kontradiktorische Aussprache über die Revision des Postverkehrsgesetzes im Jahr 1953 zurück, an der Max Rapold als politisch überzeugender Redner in Schaffhausen debütiert hatte²⁰⁸. Seit dem Anfang der sechziger Jahre wirkte Rapold als Assistent des Verlagsleiters in Schaffhausen. Als Carl Oechslin am 18. November 1971 ganz unerwartet starb, war es folgerichtig, dass die Chefredaktion und geistige Leitung der *Schaffhauser Nachrichten* an Dr. Max U. Rapold überging²⁰⁹.

Seit 1970 präsentiert sich die Zeitung in einer neuen Aufmachung: Der Ausland- und Inlandteil steht einem klar abgegrenzten und erweiterten Regionalteil gegenüber²¹⁰. Auch redaktionell wurden die beiden Hälften getrennt. Nationalrat Erwin Waldvogel zeichnet für Ausland und Inland verantwortlich, der Regionalteil steht unter der Leitung von Dr. Heinz Bollinger. Als zeichnende Redaktoren des Regionalteils traten ab 1970 Urs Bächtold, Werner Breiter und Werner Künzle, ab 1971 auch Martin Schweizer in Erscheinung²¹¹. Heinz Dutli übernahm nun fest die Redaktion der seit 1965 geführten Beilage *Wochen-Express*, der als Gegenunternehmen zum Gratisanzeiger *Schaffhauser Bock* von acht Verlegern der Region gegründet wurde²¹². Als Heinz Dutli im April 1974 die Redaktion des *Wochen-Express* niederlegte, um nach einer Zwischenzeit beim *Schaffhauser Bock* tätig zu werden, übernahm Erwin Waldvogel die Redaktion des *Express*²¹³.

²⁰⁵ SI 13.3.1937. ZKS 1975,46.

²⁰⁶ Amtsblatt 1957,956—957.

²⁰⁷ SN 5.1.1970.

²⁰⁸ Versammlungsbericht in SN 11.4.1953.

²⁰⁹ Nachruf auf Carl Oechslin in SN 19.11.1971, 20.11.1971. Zur Neuordnung der Verlagsverhältnisse siehe Amtsblatt 1972, 1381 und 1797; SN 3.11.1972.

²¹⁰ SN 5.1.1970.

²¹¹ SN 1.7.1971.

²¹² Amtsblatt 1965,1365.

²¹³ SN 19.4.1974, 15. WE 19.4.1974.

Steiner Anzeiger

Von den nicht in der Stadt Schaffhausen hergestellten Presseorganen war für die *Freisinnig-demokratische Partei* während Jahren der *Steiner Anzeiger* von Interesse. Er wurde zeitweise vom freisinnigen Kantonsrat Heinrich Bächtold redigiert, der auch später als Mitarbeiter wirkte, stand aber zumeist unter der Leitung seines Druckers Jakob Fischli. Als das «Zeitungssterben» auch vor dem Kanton Schaffhausen nicht haltmachte, boten sich die *Schaffhauser Nachrichten* dem bedrängten Steiner Lokalblatt insofern an, als sie seinen Text- und Inseratenteil in die regionalen Berichterstattungen einzubauen versprachen. Ende 1965 hörte der *Steiner Anzeiger* auf, als selbständiges Organ zu erscheinen^{213/1}. Er wurde während eines Jahres als Beilage der *Schaffhauser Nachrichten* weitergeführt, um dann im Januar 1967 im Regionalteil aufzugehen. Der obere Kantonsteil verlor damit seine letzte Zeitung und wird fortan durch die gesamte Ausgabe der *Schaffhauser Nachrichten* bedient.

Steiner Grenzbote

Auch die zweite Zeitung, die in Stein am Rhein herausgegeben wurde, der *Steiner Grenzbote*, galt trotz seiner bäuerlich-gewerblichen Ausrichtung als freisinniges Organ. Als sich der *Steiner Grenzbote* 1933 in den Dienst der *Neuen Front* stellte, meldete der Jahresbericht den Verlust des Blattes für die *Freisinnig-demokratische Partei*^{213/2}. Als Frontenorgan verlor das Blatt seinen Lokalcharakter und änderte 1934 seinen Namen auf *Grenzbote*. Auf den 1. Oktober 1935 erfolgte die Ueberführung von Verlag und Druck in die fronteneigene Druckerei Freudenfels in Schaffhausen. Der *Grenzbote* erschien nun als frontistisches Tagblatt und teilte voll und ganz das Schicksal seiner politischen Bewegung, mit der er im Jahre 1943 vom Bundesrat verboten wurde (S. 518).

Klettgauer Zeitung

Die in Hallau gedruckte *Klettgauer Zeitung* wurde bis 1918 von Redaktor Dr. Oswald Heer in freisinniger Art redigiert (S. 124). Unter seinem Nachfolger Richard Rahm bezeichnete sich das Blatt von 1918 bis 1930 weiterhin «freisinnig-demokratisch»^{213/3}. Ohne

^{213/1} SA 30.12.1965.

^{213/2} Protokoll FDP Stadt 17.4.1934.

^{213/3} ZKS 1930,15. Zur Geschichte des Blattes siehe Jubiläumsnummer vom August 1968.

direkte Bindung an eine Partei führte Fritz Grüninger ab 1931 die *Klettgauer Zeitung* in bürgerlichem Sinn²¹⁴. Noch 1927 sorgte eine Pressekommission der *Freisinnig-demokratischen Partei* in Schaffhausen dafür, dass dieses Organ des Unterklettgaus mit freisinnigen Presseartikeln versorgt wurde²¹⁵. Als 1957 die *Klettgauer Zeitung* den *Schaffhauser Bauern* übernahm und dieses Parteiorgan der *Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei* als *Schaffhauserland* im Kopfblattsystem herausgab, nahm auch das Hauptblatt diese Parteifärbung an (S. 333).

Schaffhauser Bote und Schleithemer Bote

Eine willkommene Stütze für die Landschaftspolitik der *Freisinnig-demokratischen Partei* war während Jahrzehnten der *Schaffhauser Bote*, der seit anfangs 1927 unter dem Titel *Schleithemer Bote* erscheint. Als sich nach 1918 die *Bauernpartei* in der schaffhauserischen Landschaft etablierte und ihren Anteil am Pressekuken sichern wollte, brach zwischen dem damaligen Redaktor Johann Georg Stamm und der Schleithemer Bauernparteiaktion ein Konflikt aus, weil Stamm trotz seiner Mitgliedschaft in der *Bauernpartei* freisinnige Einsendungen in sein Blatt aufgenommen hatte²¹⁶. Die Parteiaktion forderte ihn auf, sein Organ ausschliesslich in den Dienst der *Bauernpartei* zu stellen. Als sich der Drucker weigerte mit der Begründung, sein Blatt allen Kreisen offenhalten zu wollen, entzog ihm die *Bauernpartei* und die mit ihr identische Landwirtschaftliche Genossenschaft die Inserate und gefährdete damit die finanzielle Basis des Unternehmens. Die Auseinandersetzung konnte beigelegt werden, der *Schleithemer Bote* (der noch bis Ende 1926 unter dem Titel *Schaffhauser Bote* erschien) galt dennoch unter Johann Georg Stamm als Organ der *Freisinnig-demokratischen Partei*²¹⁷. Später nahm es eine mehr demokratische, bürgerliche und schliesslich bürgerlich-neutrale Färbung an²¹⁸. In den Jahren von 1930 bis 1949 besorgte Hans Stamm die Redaktion. Er gab ab 1935 den *Anzeiger vom Oberklettgau* als Kopfblatt des *Schleithemer Boten* heraus. Von Hans Stamm heisst es: *Er war*

²¹⁴ Mitteilung Fritz Grüninger senior 29.7.1972.

²¹⁵ Protokoll FDP Kanton 22.9.1927.

²¹⁶ SB 28.10.1919. Bote 1.11.1919. SB 5.11.1919. Zur Geschichte des Blattes siehe Jubiläumsnummer vom 16.9.1969.

²¹⁷ Protokoll FDP Kanton 22.9.1927.

²¹⁸ Als Parteirichtung wird nacheinander genannt «freisinnig-demokratisch» (ZKS 1930,15), «demokratisch» (ZKS 1939,24), «bürgerlich» (ZKS 1943,29), «bürgerlich-neutral» (ZKS 1960,42).

keine Kampfnatur, und Auseinandersetzungen, wie es früher gab, lagen ihm gar nicht. Er wollte versöhnend wirken und dem Frieden dienen — der Verständigung unter den verschiedenen Parteien im Dorfe²¹⁹. Auf Hans Stamm folgte 1949 sein Bruder Egon Stamm-Russenberger, unter dem das Schleithemer Lokalblatt wieder eine etwas kämpferische Note erhielt, allerdings weniger in Partei- als in Sachfragen.

Heute wird der *Schleithemer Bote* von Uli Stamm redigiert, der die Redaktion seit 1963 leitet. Mit dem Kopfblatt *Anzeiger vom Oberklettgau* erreicht die Lokalzeitung, die je dienstags, donnerstags und freitags erscheint, die respektable Tagesauflage von 2188 Exemplaren²²⁰.

Die katholische Partei

Die im Frühjahr 1911 gegründete *Christlich-soziale Partei* änderte im Lauf des 20. Jahrhunderts mehrmals ihren Namen, ohne aber ihre katholische Mitglieder- und Wählerbasis merklich zu ändern. Die Umbenennungen deuten jeweils eine Verschiebung in der herrschenden Doktrin der Partei an. So verweist die Bezeichnung «christlich-sozial» auf sozialreformerische Ausrichtung der politischen Betätigung, wie sie von der katholischen Soziallehre der Enzyklika «*Rerum novarum*» (1891) gefordert wurde. Mit dem Bekenntnis zu einem sozialen Katholizismus stand die Minderheitspartei in Schaffhausen bis zum Generalstreik in unmittelbarer Nähe der *Sozialdemokratischen Partei*, deren Klassenkampfcharakter sie allerdings ablehnte. In den zwanziger Jahren fanden es die politischen Katholiken geraten, ihre Diasporasituation im Kanton Schaffhausen deutlicher sichtbar zu machen und für die Emanzipation der Katholiken in der reformierten Umgebung zu kämpfen. Indem sie ihre Organisation 1920 in *Katholische Volkspartei* umbenannten¹, bezeugten sie, dass die sozialreformerischen Anliegen von politisch-kirchlichen Nützlichkeitsabwägungen abgelöst wurden. Bei dieser neuen Parteibezeichnung blieb es, bis in den sechziger Jahren der linke Parteiflügel den Einbezug von «christlich-sozial» in den Parteinamen durchsetzte². Im Wahlherbst 1964 führte die Partei daher die Doppelbezeichnung *Katholische und christlichsoziale*

²¹⁹ Bote 16.9.1969, 6.

²²⁰ ZKS 1975,47.

¹ SZ 15.5.1922 (CSP), 29.5.1922 (KVP).

² Beschluss des kantonalen Parteitag vom 10.5.1961 (SZ 17.5.1961).